

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand: Joh. van Nieuwen, Erefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne in der Textilindustrie.

I.

In Nr. 18 der Textilarbeiter-Zeitung haben wir eine längere Gewinnliste von Aktiengesellschaften aus der Textilindustrie veröffentlicht. Sie ergab im allgemeinen, von einigen Zweigen unseres Gewerbes abgesehen, einen recht guten Stand der Gewinnergebnisse. Obwohl das Jahr 1912 ein recht ertragreiches war, haben dennoch die meisten Gesellschaften des Vorjahres für das Jahr 1913 auf dem Unerheblich erhöhten können. Kann die Textilarbeiterchaft dieses Ergebnis an sich auch nur begrüßen, da ein guter Ertrag für das Unternehmen und seine Teilhaber eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Berufsorganisation ist, so muß es sie doch mit Bitterkeit erfüllen, daß ihr der Verteilung des doch nicht zuletzt auch durch ihrer Hände Arbeit erzielten Gewinnes wahrhaftig nicht gut weggekommen ist. Gerecht ist diese Verteilung des Ertrages nicht. Während die Aktionäre, Direktoren, Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder gute und zum Teil sehr hohe Dividenden, Gehälter und Vergütungen, manchmal ohne jede wesentliche Gegenleistung, einbringen konnten, haben sich die Textilarbeiter durchweg mit recht schmalen Löhnen abfinden müssen. Ihre ohnehin ungenügende Lebenshaltung wurde noch verschlechtert durch Einschränkung der Arbeitszeit, der Zahl der zu bedienenden Maschinen, durch schlechtes Material, hohe Abzüge und Arbeitslosigkeit. Diese Tatsachen weisen die Arbeiter unseres Berufes nicht nur mit zwingendem Beweise auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hin, sie zeigen auch, wie berechtigt das Streben nach größerem Anteil an dem Ertrag der Arbeit ist und daß unsere Industrie im allgemeinen Lohnerhöhungen wohl vertragen kann.

Bevor wir zu einer Besprechung der Gewinnergebnisse der einzelnen Gewerkegruppen übergehen, sei zu den Berichten der Textilaktiengesellschaften ganz allgemein folgendes gesagt: Nach den Bestimmungen unseres Handelsgesetzbuches müssen zwar die Aktiengesellschaften alljährlich im „Reichsanzeiger“ einen Geschäftsbericht erstatten, aus dem Besten, Gewinn, Verlust und Verlust zu ersehen ist, aber die Leiter der Unternehmen geben sich alle Mühe, die Berichte so unklar als möglich zu halten, auf daß kein Unberufener den Schleier der Geschäftsgeheimnisse und des Geschäftsgebarens zu lüften vermöge. Es ist sehr schwer, sich in den Berichten zurecht zu finden, Wahres von Falschem und Spekulation von Wirklichkeit zu unterscheiden.

Das Gebaren der Aktiengesellschaften läuft vielfach auf eine absichtliche Täuschung der Öffentlichkeit hinaus. Nicht selten werden die Dividenden künstlich niedriger gehalten. Die Beteiligten kommen nichtsdestoweniger zu ihrem Gelde, indem ihnen durch allerlei Schiebungen und Manipulationen die Aktiengewinne, die vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleiben sollen, zugeschanzt werden. Ein Musterbeispiel dafür bietet der letzte Bericht der Neuen Baumwollspinnerei und Weberei in Hof (Bayern).

Die Gesellschaft verteilt seit Jahren 20 Proz. Dividende. Der Uberschuß des letzten Jahres reichte aber zur Ausschüttung einer wesentlichen höheren Rente. Den Anteilhabern aber die Riesengewinne in Form einer erhöhten Dividende zukommen zu lassen, erschien nicht angezeigt. Die Rente wurde künstlich auf 20 Prozent gehalten, einmal, um an Wehrbeiträge zu sparen. Die Gesellschaft hat den Steuerfuß um ein ganz erhebliches Summchen gebracht. Der zweite Grund wurde von einem Unvorsichtigen in der „Münchener Abendzeitung“ verraten:

„Eine weitere Erhöhung der Dividende würde bei der Arbeiterchaft Anstoß erregen. Das hat die bisherige Dividende schon getan.“

Wie wurde es nun angestellt, die Dividende zu drücken und dennoch die Aktienscheinbesitzer in den Genuß des ganzen Reingewinnes zu setzen? Man griff zu einem

in der Praxis der Aktiengesellschaften häufig gebrauchten Mittel. Es wurde scheinbar eine Kapitalerhöhung, in Wirklichkeit aber nur eine sogenannte „Kapitalverwässerung“ vorgenommen. — Der Reingewinn muß auf das eingezahlte Aktienkapital verteilt werden. Es ist also für die Dividende nicht einerlei, ob der gleiche Reingewinn an ein Aktienkapital von 1 1/2 Mill. oder 2 Mill. verteilt werden muß. In diesem Falle ist sie naturgemäß niedriger als in jenem. Darum sind „Kapitalerhöhungen“ ein beliebtes und häufig angewandtes Mittel, um die Dividende nicht über eine bestimmte „anständige“ Grenze hinauskommen zu lassen. Das machte auch die Neue Baumwollspinnerei und Weberei in Hof und zwar in folgender Weise: Es wurden 505 neue Aktien — Mindestnennwert der Aktie 1000 M. — ausgegeben, von denen 500 den Aktionären auf den Gewinn ohne jede Barzahlung gutgeschrieben wurden. Welchen Gewinn hätten sie nun davon? Sie erhielten zunächst mindestens 500000 M. geschenkt. Dann erhalten sie von diesem geschenkten Gelde auch noch Dividende. Ferner: bei dem guten Stande des Unternehmens ist die einzelne Aktie weit, mindestens des Wertes bis vierfache mehr wert als der Nennwert lautet. Verkauft ein Teilhaber seine geschenkte Aktie, bekommt er für jeden auf 1000 M. lautenden Schein 4—5000 M.

Selbstverständlich klagt die Gesellschaft über große Geschäftsschwierigkeiten, Unzufriedenheit der Arbeiter und über drückende Belastung durch die Arbeiterversicherung.

Solche „Kapitalerhöhungen“ zur absichtlichen Zurückhaltung der Dividende sind allenthalben im Gebrauch. Vielfach werden an bevorzugte Aktionäre Aktien, die einen realen Einzelwert von 2000, 3000 oder gar 5000 M. besitzen, für 1000, 800 oder gar ein paar Hundert Mark ausgegeben.

Das ist nur eins von den vielen Mitteln, die zur Verschleierung des wirklichen Geschäftsgewinnes dienen. Darum ist die Dividende kein unbedingt sicherer Maßstab für den Ertrag eines Unternehmens. Dividende kann verteilt werden und wird auch zuweilen verteilt, obwohl ein Geschäftsgewinn gar nicht da ist. Sie kann aus Fonds genommen, durch Spekulationen in Rohstoffen und anderen Dingen, durch Beteiligung an ausländischen Unternehmen, Veräußerung von Grundeigentum usw. gewonnen werden. Die Fälle sind zwar seltener, jedoch behaupten nichtsdestoweniger die Textilindustriellen in ihren letzten Berichten vielfach, daß ihre Gewinne nur oder doch in der Hauptsache Spekulationsgewinne und keine eigentlichen „Arbeitsgewinne“ seien. Solche Behauptungen finden meistens in der Tat keinen Rückhalt und sind immer sehr stark übertrieben.

Günstiger jedoch werden aus allerhand Fonds Zuschüsse genommen, um die Dividende auf dem alten Stande zu halten und den Wert der Aktienscheine nicht sinken zu lassen. Die Ansammlung von allerhand Fonds ist aber auch so eine Sache, die vielfach nur einen künstlichen Druck der Dividende bewerkstelligen soll. Selbstverständlich muß jedes Unternehmen nach Möglichkeit Rücklagen machen, um über schlechte Zeiten besser hinwegkommen zu können und seine Kreditwürdigkeit zu wahren. Aber bei zahlreichen textilen Aktiengesellschaften werden mit der Fondsanammlung auch andere Zwecke verfolgt. Da gibt es einen ersten, zweiten, dritten oder gar vierten Reservefonds, in die jedes Jahr ganz erhebliche Summen von dem Gewinne hineingelassen. So hat die mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg — um nur ein Unternehmen herauszugreifen — außer einem „Pensionsfonds“, einem „Beamtenpensionsfonds“ und einem „Arbeiterpensionsfonds“ nicht weniger als vier verschiedene Reservefonds mit mehreren Millionen Kapitalansammlungen. Die Gesellschaft hält dadurch ihre Dividende zwar auf „nur“ 10—15 Prozent, aber die Dividendeinlagen sind dennoch sicherer Besitz und Gewinn für die Aktionäre, die ihre Aktienscheine fest in den Händen behalten. Sie geben ihnen die Sicherheit, auch zur Zeit des Darniederliegens der Industrie und des Geldmarktes eine angemessene Kapitalrente zu erhalten. Und diese Sicherheit der Dividende steigert natürlich den Handelswert (Kurswert) der Aktie, sodaß auch der

Aktionär einen Gewinn von den hohen Reserveanlagen hat, der aus irgend welchen Gründen seine Aktien verkauft, da er durch den höheren Handelswert der Aktie das wieder herein bekommt, was er durch die infolge der hohen Reserven ermäßigte Dividende eingebüßt haben könnte. Es ist auch vorzuziehen, daß größere Rücklagen unter der Hand an die Teilhaber aufgeteilt wurden. Diese Gewinne kommen in den verteilten Dividenden nicht zum Ausdruck, sind auch in den Geschäftsberichten der Gesellschaften nicht zu finden.

Der Arbeiterschaft kann diese Fondspolitik, die die Dividende auch für schlechte Geschäftsjahre sichert, an sich recht sein, in kräftigem Gegensatz zu dieser an sich vernünftigen Politik steht aber meistens die Arbeiterpolitik dieser Gesellschaften. Die Arbeiter haben doch die Rücklagen mitverdienen müssen. Darum ist es eine schreiende Ungerechtigkeit, für die Sicherung des Lohnes der Arbeiter nichts zu tun, diese bei schlechten Geschäftszeiten zu entlassen, ihnen die Löhne zu kürzen oder sie ohne jede Entschädigung zu Feiertagen zu zwingen. Diese Politik ist der der Dividendenversicherung direkt entgegengesetzt.

In dasselbe Gebiet gehören auch die Abschreibungen. Abschreibungen, die dem Verschleiß und der Wertminderung der Produktionsmittel und Warenbestände entsprechen, sind natürlich notwendig. Aber die übertrieben hohen Abschreibungen gehen häufig weit über diesen berechtigten Zweck hinaus. Wir haben beispielsweise drei oder vier Berichte von Textilaktiengesellschaften für das Jahr 1913 gefunden, die angaben, daß die gesamten Licht- und Kraftanlagen auf 1.- M. abgeschrieben seien. Diese wurden dann zum Maschinenkonto geschlagen, um die übertrieben hohen Abschreibungen weiter fortführen zu können. Sachen, die Millionen im Werte haben, stehen noch mit einer Mark zu Buch. Die hohen Abschreibungen werden meistens vorgenommen zu dem Zweck, viel Kapital als Betriebsmittel aufzuhäufen. Wenn nun auch diese Kapitalanhäufung nicht direkt in Form erhöhter Dividenden in die Taschen der Aktionäre fließt, im Gegenteil, dadurch die Dividende vielleicht niedriger gehalten wird, so haben die Aktienschein-Besitzer dennoch ihren großen Nutzen davon, denn jene Manipulationen sichern eine angemessene Dividende auch für weniger gute Jahre und verurteilen eine Erhöhung des Handelswertes der Aktie, die beim Verkauf in klingendes Gold umgesetzt werden kann. Für den, der die Aktie behält, ist diese Kapitalanhäufung direkte Gewinnansammlung.

Noch auf eines müssen wir in diesem Zusammenhange hinweisen. Bei den bedeutendsten Aktiengesellschaften der Textilindustrie handelt es sich um Familiengründungen oder um solche Unternehmungen, bei denen sich der Aktienbesitz in den Händen von einem verhältnismäßig kleineren und beschränkteren Kreise von Personen befindet. Und selbst, wo dem nicht so ist, haben doch mindestens einige wenige Hauptaktionäre das Heft in der Hand, die die ganze Gesellschaft beherrschen. So kommt es, daß vielfach die Hauptaktionäre zugleich Direktoren des Betriebs, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft sind. In dieser Eigenschaft stecken sie ihren Gewinn schon vorweg ein, und zwar in Form von hohen Gehältern, kolossalen Vergütungen, Tantiemen usw. Das haben sie dann außer den Dividenden.

Alles in allem: die Höhe der Dividende ist nicht der einzige und nicht einmal ein genauer Maßstab für den Ertrag des Unternehmens. Den Aktionären kann und wird auf vielerlei Art das Geld zugesüßert. Das muß mit berücksichtigt werden, wenn wir im folgenden Artikel die Dividende der einzelnen Gewerkegruppen speziell behandeln.

Eine machtvolle Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform.

Die rührige „Gesellschaft für Sozialreform“, die unter der Leitung des verdienten Staatsministers a. D. Freiherrn von Verlepsch steht, hatte für den 10. Mai zu einer Kundgebung für die Fortführung der Sozialreform nach Berlin eingeladen. Der Ruf der Scharmacher nach einem stärkeren Arbeitwilligenschuß, nach dem Verbot des Streikpostens, nach Einschränkung des Koalitionsrechts, überhaupt nach Stillstand der Sozialreform, wird immer stärker. Das „Kartell der Schaffenden Arbeit“ hat sich eigens zu dem Zwecke zusammengesunden, Einfluß auf die Gesetzgebung zu bekommen. Der dritte deutsche Arbeiterkongreß, der am 20. September in Berlin zu einer machtvollen Kundgebung zusammentrat, hat den Gegnern und Bremsern der Sozialpolitik ein energisches Halt zugerufen.

„So wenig, wie die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete still steht — und ihren Stillstand kann ein deutscher Mann nicht wünschen —, so wenig darf auch die soziale Reform und Fürsorge in unserem Vaterlande zum Stillstand kommen.“

sagte mit Recht der Vorsitzende, Kollege Behrens, in seiner Eröffnungsrede. Die wichtigsten Probleme wurden behandelt, die die gesamten Arbeiter und Angestellten berühren. Die Tagung blieb nicht ohne Einfluß. Wer weiß, wozu Regierung und Parteien schon zu haben gewesen wären, wenn der energische Protest der 1 1/2 Millionen christlich-organisierter Arbeiter und Angestellten nicht erfolgt wäre! Aber die Rückwärtler und Reaktionsäre sind unermüdet tätig. Die Gefahr, daß sie Einfluß gewinnen und die Öffentlichkeit irreführen, ist nicht vorüber. Darum hatte die Gesellschaft für Sozialreform zu der Veranstaltung eingeladen. Diese gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung, die im ganzen Lande einen tiefen Eindruck hinterlassen hat. Vertreter von verschiedenen Zweigen der Reichs- und Staatsregierung, der Gewerbeaufsicht, von Hochschulen, Gemeinden, von Reichs- und Landtagsparteien und von fast sämtlichen Arbeiter- und Beamtenberufsorganisationen waren anwesend. Unser Verband war durch die Kollegen Schiffer-Düsselberg und Lensing-Hannover vertreten. Schier unübersehbar war die Fülle der schriftlichen und telegraphischen Zustimmungskundgebungen.

Der ehemalige Staatsminister Freiherr v. Verlepsch eröffnete die Kundgebung. Er verwies auf das Eigenartige der Zusammenkunft. Die hier Versammelten verbinde das gemeinsame Schicksal, daß sie eine unselbständige Existenz führten und auf Lohn angewiesen seien. Auf keinem Gebiet sei die Sozialreform so dringend wie bei den Arbeitern und Angestellten. Teils wegen ihrer Zahl, teils wegen ihrer Abhängigkeit und besonders deshalb, weil sich menschliche Arbeit nicht von der Persönlichkeit trennen lasse. Daß die Sozialreform Gegenströmung gefunden, sei verständlich. Eine jede Bewegung müsse sich im Kampfe durchsetzen. „Bisher haben die maßgebenden Faktoren des Deutschen Reiches grundsätzlich daran festgehalten, daß die Sozialreform fortgeführt werden soll, da auch die Entwicklung nicht stille steht. Es scheint aber, als ob die Gegner mehr und mehr Gehör finden, als ob ihr Einfluß stärker wurde und als ob eine gewisse Müdigkeit eingetreten sei. Diese Beobachtung muß uns die Frage nahelegen, ob die Sozialreform so weit fortgeschritten ist, daß wir die Hände von Schopf legen können. Diese Frage soll heute beantwortet werden. Wir hoffen, daß die Antwort nicht ohne Einfluß auf öffentliche Meinung und Staatsregierung sein wird. Wir stellen uns nicht nur in den Dienst einzelner Berufsstände, sondern in den Dienst unseres Vaterlandes.“ Der Ueberzeugung gab er die Beschlüsse in einem kräftigen Hoch auf Deutschland und seinen Kaiser aus.

Dann sprach der Herr von Tugend, Professor Dr. Brand, der zweite Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform und Vorsitzender der „Sozialen Praxis“. Er sprach über die Bedeutung der Sozialreform, die sie für die Arbeiter und Angestellten hat, und über die Aufgaben der Sozialreform. Er sprach über die Bedeutung der Sozialreform für die Arbeiter und Angestellten, die sie für die Arbeiter und Angestellten hat, und über die Aufgaben der Sozialreform.

Es sprach der Herr von Tugend, Professor Dr. Brand, der zweite Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform und Vorsitzender der „Sozialen Praxis“. Er sprach über die Bedeutung der Sozialreform, die sie für die Arbeiter und Angestellten hat, und über die Aufgaben der Sozialreform.

Kollege Behrens, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, wies auf den Stillstand der Sozialreform hin, die für die von uns vertretenen Interessen nachdrücklich staatlichen Schutz erbeten, gleichmäßig die höchsten Maße im Kampfe gegen die Sozialpolitik des Reiches und Angestellte darzustellen, vor allem das „Kartell der Schaffenden Arbeit“. Auch die unter dem Begriff „Schutz der nation-

alen Arbeit“ fallende Wirtschaftspolitik sei letzten Endes als Sozialpolitik für Landwirtschaft und Industrie anzusehen. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung dürfe man nicht nach den Erfolgen einzelner gewerkschaftlicher Verbände in den letzten Jahren beurteilen. Diese Erfolge sind nur wenigen Millionen zuzustatten gekommen, während von den rund zwölf Millionen Lohnarbeitern noch viele Millionen unter den denkbar traurigsten Verhältnissen leben.

Rebner forderte Ausbau des Koalitionsrechts, ferner bessere Lebensmittelversorgung und Wohnungsfürsorge. Im Hinblick auf die Kölner Werkbundausstellung, durch die der Gedanke der Qualitätsarbeit geweckt und verbreitet werden soll, betonte Stegerwald, Deutschland könne auf die Dauer keine Stellung auf dem Weltmarkt nur behaupten durch Qualitätsarbeit. Diese aber ist nicht möglich ohne einen qualifizierten und hochstehenden Arbeiterstand. Darum sei das Gebot der Stunde: Bahn frei für den Aufstieg der arbeitenden Klassen.

Wirkl. Geheimrat Prof. Dr. Gustav von Schmoller, Mitglied des preussischen Herrenhauses, sprach als „ein Veteran der sozialpolitischen Wissenschaft“. Als er vor 50 Jahren als junger Professor in Halle in den „Preussischen Jahrbüchern“ seine Stimme erhob und sozialpolitische Forderungen stellte (Arbeiterschutzgesetz, ein freies Gewerkschaftswesen, freies Genossenschaftswesen, Wohnungsreformen), war er ein Prediger in der Wüste: Brentano und Albert Schäffle waren noch nicht aufgetreten. Im Kampf gegen den Sozialismus auf der einen, und das Manchesterium auf der anderen Seite galt es, eine gesunde Sozialreform anzubahnen. Leicht ist es nicht gegangen; erst 1872 konnte man den „Verein für Sozialpolitik“ gründen. Da dieser sich aber nicht gleichzeitig der praktischen Arbeit widmen konnte, wurde die Gesellschaft für Soziale Reform ins Leben gerufen. Auch bei Bismarck ist es langsam gegangen, als er die Frage der Sozialpolitik in die Hand genommen hat. 1875 sagte er: „Bisher Schmoller, ich bin auch ein Kathedersozialist, ich habe aber noch keine Gehilfen dazu.“ In den 80er Jahren ist dann der große Aufschwung der Sozialpolitik gekommen, und Anfang der 90er Jahre ist sie vom jungen Kaiser tatkräftig fortgeführt worden. Allerdings hat es immer Haltpunkte und Rückschläge gegeben, aber diese haben für den, der an die Sozialpolitik glaubt, den Nutzen, daß sie immer neues Leben in die Sozialpolitik bringen, denn ohne Kampf geht es nirgends in der Welt ab. Große Reformen, wie die deutsche Sozialreform, müssen mit Generationen, fast möchte man sagen, mit Jahrhunderten rechnen. Die äußerlichen Gesetze und Einrichtungen sind nicht die Hauptsache, sondern die Veränderungen im Menschen selbst, und die gehen nur von Generation zu Generation vor sich, jede folgende umfaßt das Erbe der vergangenen Fortschritte im Denken, Anschauen, Fühlen usw. Aber das alles will langsam erklämpft sein. Deshalb hat jeder solche vermeintliche Stillstand nur die Bedeutung der Sammlung der Kräfte zu einem neuen Aufschwung für die Arbeit, die als Ideal vor uns steht. Die deutsche Kunstverfassung hat 1150 begonnen, und erst im 15. und 16. Jahrhundert hat sie zu halbwegs guten Resultaten geführt. Die heutige Kulturmenschenheit hat sich ein neues großes Wohnhaus gebaut, ein großes Werk, das sehr verdienstlich ist. Aber es wird noch ein viel größeres Werk sein, wenn für die Menschen, die drin wohnen, die soziale Ordnung gefunden ist, die notwendig ist, damit sich die Menschen auch samt und sonders drin wohlfühlen können. Deshalb mit Mut voran für weitere Reformen!

Abg. Dr. Mumm stimmt gern in den Chor der Rebner. Der Geist eines Wählers und Stürker dürfe nicht ersterben. Gerechtigkeit erhöhe ein Volk!

Oberbürgermeister Dominikus-Schöneberg betont besonders die Notwendigkeit einer gesunden Sozialpolitik in der Gemeinde.

Frl. Anna Schmidt, Generalsekretärin des Verbandes katholischer erwerbstätiger Frauen und Mädchen tritt für die Diensthöfen, Schneiderinnen, Schuhmacherinnen usw. ein. Die Diensthöfenordnung von 1810 zu ändern sei eine notwendige, dankenswerte, gewiß nicht verfehlte Tat. Sie fordert erhöhten Schutz für weibliche Arbeiter, Witwen-, Waisen- und Kinderschutz, Heimarbeiterschutz usw. Glück und Volksgesundheit sei Macht und Kraft unseres Volkes.

Prof. Dr. Dize, der Veteran der praktischen Sozialpolitik, wies darauf hin, daß er seit 32 Jahren im Reichstag und Landtag an der Sozialpolitik eifrig mitarbeitete, deshalb könne er der heutigen Kundgebung nur freudig zustimmen und dies auch namens seiner Fraktion (Zentrum) aussprechen. Die soziale Reform ist der wichtigste Fehel der wirtschaftlichen Entwicklung, und mit Stolz können wir darauf hinweisen: wir haben mit gutem Willen dafür gesorgt, daß auch die arbeitenden Klassen an diesem Aufschwung mit teilgenommen haben, und wir sind bestrebt, diesen Anteil weiter zu vergrößern. Zum Bestimmten haben wir keinen Grund. Und wenn wir die Fälle sozialpolitischer Anträge im Reichstage

sehen, so kann auch von sozialpolitischer Ermüdung keine Rede sein. Ein Reichstag, der in einem Jahre die Reichsversicherungsordnung und das Angestelltenversicherungsgesetz verabschiedet hat, hat damit bekundet, daß er auf dem Gebiete der sozialen Reform leistungsfähig und leistungsbereit ist. Wir können deshalb auch mit Zuversicht der Zukunft entgegen gehen.“

Farrer Ungnad als Vertreter des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine betonte, daß sich dieser Verband durch seine Arbeit in das Ringen und Streben des vierten Standes eingliedert. Die stärkste Schranke, die dem Streben des vierten Standes im Wege steht, sei der im deutschen Volke leider immer noch herrschende Kastengeist. Die evangelischen Arbeitervereine suchen diesen Geist zu bekämpfen, indem sie mit-helfen, den Geist des Christentums, der ein Geist der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe ist, in unserem Volke immer mehr zur Geltung zu bringen. Außerdem nehmen die evangelischen Arbeitervereine mit aller Entschiedenheit Stellung zu einzelnen brennenden sozialen Fragen, wie zur Wohnungsreform, zur Tuberkulosefürsorge, zur Bekämpfung des Alkohols u. a.

Frl. Behm vom Gewerksverein christlicher Heim-arbeiterinnen redet für die Schmerzenden der Sozialpolitik, die Heimarbeitenden. Wie es bei den elenden Zuständen, der Kinderarbeit, den miserablen Löhnen, den schlechten Wohnungen, der Ausbeutung und all dem Jammer noch Menschen gebe, die von einem Stillstand der Sozialreform rebeten, sei unbegreiflich. Gesunde Mütter und Kinder gäben Garantie für ein gesundes Geschlecht!

Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg betonte besonders die Notwendigkeit der Wohnungsreform. Die Sozialreform werde um so billiger, je stärker sie durchgeführt werde, besonders Schäden seien zu verhüten, dann spare man das Geld für die Folgen der Schäden. Wenn er an der Reichsregierung stünde, würde er all die Rebner und vertretenen Verbände zur Mitarbeit heranziehen. Wie könne das Deutsche Reich stark sein nach außen, wenn es nach innen nicht stark sei. Die Sozialreform müsse fortgeführt werden.

Ähnliche Gedanken sprachen aus Abg. Marquart, Gustav Hartmann (Vorsitzender des Zentralrates der Christlich-Deutschen Gewerksvereine), Frl. Meinet als Vertreterin der kaufmännischen weiblichen Angestellten, Landgerichtsdirektor Kanzow, Dr. Jahn, Kamossa als Vertreter der Beamenschaft, Verbandssekretär Tischendorf, Ingenieur Otto Schweizer.

Staatsminister Frhr. v. Verlepsch sprach das Schlusswort: Die Antwort auf die zu Beginn gestellte Frage sei nunmehr erfolgt von hervorragenden politischen wissenschaftlichen Persönlichkeiten und Vertretern von Verbänden und Vereinigungen. Die Antwort klinge aus: Die Sozialreform muß fortgeführt werden mit Entschlossenheit und Einsicht, um Mißstände zu beseitigen! Bei der Sozialpolitik handele es sich nicht darum, einzelne Mißstände zu beseitigen, sondern um ein Werk, das dem Staat durch die wirtschaftliche Entwicklung aufgezogen wird, will er sich nicht seiner Aufgabe entziehen, das Volk zu einem gesunden, starken, einigenden, sich im Interesse des Staatsganzes betätigenden zu erziehen. Die Sozialpolitik müsse dazu führen, die unselbständigen Arbeiter und Angestellten einzugliedern in den staatlichen und gesellschaftlichen Organismus als gleichberechtigten Stand. Es fehle weniger an gutem Willen, aber an klarer Einsicht. Die völlige Umwälzung habe eine wirtschaftliche und soziale Lage geschaffen, wie sie kein Land der Welt aufzuweisen habe. Die Parole laute: Fortführung der Sozialreform. Wir stellen uns unter diese Parole. Hoffen wir, daß der Ruf nicht ungehört verhallt, bei denen, die berufen sind, die Geschicke des Reiches zu leiten. Mit diesem Wunsche schloß Rebner die imposante Versammlung.

Die Kundgebung wird ihren Eindruck nicht verfehlen. Den Feinden wird sie aufrütteln zur Mitarbeit und den Feinden wird sie hoffentlich zeigen, daß sie auf dem falschen Wege sind, daß sie weder dem Volke noch dem Vaterlande einen Dienst erweisen.

Leider kann diese Hoffnung nicht ganz groß sein, denn unsere deutschen Scharmacher sind sehr schwer zu belehren. Sie sehen nur ihre einseitigen, eigennützigen Interessen, und was diesen direkt oder indirekt entgegensteht, ist zum Verderben. Man lese nur, mit welchen zum Teil höhnischen, zum Teil bitterfeindlichen Worten einige, den Scharmachern nahestehenden Blätter die Berliner Kundgebung besprechen. Aber das wird die Sozialreformer nicht irre machen.

Auf zur Weiterarbeit! Auch wir stellen uns unter die Parole: Fortführung der Sozialreform! Auch wir sprechen die Hoffnung aus, möge der Ruf nicht ungehört verhallen bei denen, die berufen sind, die Geschicke des Reiches zu leiten!

Wesen und Bedeutung der heutigen Organisation.

(Vergl. den Artikel in der vorigen Nummer.)

Eine starke, fühlende Berechtigung muß die Organisation tragen, denn sie stellt hohe Anforderungen an den Einzelnen. Er muß Opfer an Zeit und Geld bringen. Er muß lernen, seine eigenen Wünsche zurückzustellen. Nicht ohne tiefere Gründe wird er das tun.

Wahrlich, die Gründe sind nicht geringfügig. In scharfer Gliederung stellt sie Dr. Klein zusammen. Da ist als erster zu nennen: Die große Kraftsteigerung, die das Wollen und Wirken in der Gemeinschaft auslöst. Die Mittel, der Geist, der Verstand, der Wille, sie mehrten sich, sie erhalten ihre Wucht und ihre zwingende Größe in der Organisation. Nicht ohne Kraftstümpfung kann man erwarten, etwas durchzusetzen, mögen es nun wirtschaftliche Interessen sein, die vertreten werden sollen, möge es eine Idee sein, deren Verwirklichung man erstrebt. Selbst die umfassenden Probleme der Wissenschaft müssen sich häufig der Organisation bedienen. Nur mit ihrer Hilfe ist es möglich gewesen, die gewaltige Leistung der Aufnahme des Sternenhimmels vorzunehmen, oder Aufgaben, wie die Völkereforschung zu lösen. Durch die gemeinsame Vornahme von Versuchen, durch den gegenseitigen Austausch einzelner Erfahrungen wird jedes Mitglied wieder für sich gestärkt, tüchtiger und geschickter, leistungsfähiger.

Die Energiesteigerung erklärt die große Bedeutung der Organisation für jeden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, politischen oder Werbezweck. Aber noch ist das Geheimnis dieser großen Erscheinung nicht völlig gelüftet. Man vergißt zu häufig, das noch eine andere Tatsache die unumstößliche Kraft der menschlichen Vereinigung bedingt. Es ist jenes Wunder, das so vielfach in unserer Zeit die größten Erfolge erzielt hat: Die Arbeitsteilung. Die gesamte Wirtschaft, das ganze Leben unserer Tage bedient sich ja dieses Grundgesetzes in der Berufsgliederung, in der Einrichtung des einzelnen Unternehmens, im Aufbau der öffentlichen Verwaltung, in der Wissenschaft. Die Erfahrung zeigte, daß die dem einzelnen überlassene Tätigkeit noch viel gemeinsames enthält. Geleitet von dem Gedanken der Zweckmäßigkeit schuf die Arbeitsteilung viele neue Einrichtungen und Organisationen, neue Klemmer und Stellen innerhalb der Organisationen. Die Industrie ist ein Beispiel dafür. In ihr entstanden wirtschaftliche Verbände und Spezialverbände für technische Fragen, Vereinigungen von Branchen und Gewerbevereine, Versicherungsverbände, Zentralkassen zur Vorbereitung von Handelsverträgen und vieles andere mehr. Ähnliches zeigt sich auch, um ein Beispiel aus dem geistigen Kampfleben zu berühren, in den politischen Parteien. Immer mehr versuchen sie, ihre Mitglieder geistig, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu erfassen und zu umschließen. Jugend- und Frauenorganisationen verwirklichen und erweitern dieses Streben. Nicht nur auf eine höhere Kraftsteigerung ist es hier abgesehen. Man erhofft vielmehr insbesondere eine bessere Information, Winke und Erfahrungen über neue Methoden der Arbeit, die Anwendung von besonderen Rachteilen, eine Klärung der Meinungen und Wünsche. Schließlich auch eine Aufklärung derjenigen, die vielleicht bisher eine Seite in ihren Bestrebungen weniger beachtet und gepflegt.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen verdanken ihr Entstehen natürlich des weiteren dem Gewinnstreben, dem Verlangen nach einer höheren Rente, dem Wunsche, im Betriebe die größte Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Das ist der ausschlaggebende Grund für alle Erwerbsgesellschaften. Bei den Gründern einer Aktiengesellschaft erscheint er als Spekulation auf die weite Ausbreitung des geschäftlichen Unternehmens, bei den Bankleuten als Hoffnung auf den Börsengewinn. Die Kosten des Großbetriebes sind heute bestimmend für den Markt. Die anderen Unternehmungen suchen ihnen daher möglichst nahe zu kommen. In den wirtschaftlichen Vereinigungen findet dieses Streben nach Vergrößerung der Betriebe vielfach seinen Ausdruck. Die Wirtschaftlichkeit spielt aber auch noch in weiterem Umfange eine Rolle für die Organisationen. Bei Versicherungen auf Gegenseitigkeit, bei Hausfrauenvereinen, bei Gesellschaften für Streifenentschädigungen, Vereinen für Dampfesselrevisionen und anderen, ja, auch bei Geistes- und Unterhaltungsvereinen ist dieses Motiv als Grund für das Entstehen nicht zu unterschätzen, häufig sogar ist es das treibende.

Neben dem Gewinnstreben tritt sichtbar die Konkurrenzfähigkeit als organisationsfördernde Tatsache hervor. Der mehrfach genannte Verfasser nennt die Konkurrenz die Peitsche des Wettbewerbs. Es ist nur zu sehr bekannt, daß sie zwingt, sie raslos umzutun, das Beste zu geben und alle Kräfte auf äußerste anzuspinnen. Es muß viel riskiert werden, es gibt keine Sicherheit und kein Ausruhen, das heute Erreungene kann morgen schon ein neuer Konkurrent zunichtemachen, und die preisdrückende Wirkung des freien Wettbewerbs hat außerdem zur Folge, daß durchschnittlich mit geringerem Gewinn vorlieb genommen werden muß. Die freie Konkurrenz sei dem Deutschen nie so unmittelbar Bedürfnis geworden, wie dem Engländer; in der Wissenschaft habe sie immer Gegner gehabt. Auch im öffentlichen Leben ist derlei üblich. Das automatische Vorrücken, das das Ausleseprinzip der besseren Leistung durch das mechanische Erzeugt, wird vielfach bevorzugt. Und in den freien Berufen glaubt man auch nicht mehr so recht an die allbeglückende Freiheit. Sogar Bühnendichter und Komponisten tun sich zusammen, um gemeinsame Normen für die Bewertung ihrer Werke aufzustellen. Natürlich verjähren auch die Gewerbetreibenden die harte Konkurrenz. Als man den Kampf aller gegen alle einsah, vereinigte man sich, um Preisunterbietungen hintanzubalten, die Aufträge besser zu verteilen, sich eine gewisse Rundschaft zu garantieren.

So ist also überall zu sehen, daß die Auswüchse der Konkurrenz der Organisation überaus günstig sind.

Organisation will immer heißen, Vollständigkeit, Durcharbeitung eines Gebietes erstreben: Die große Zahl zu erreichen, die Massen zu gewinnen. „Der Mensch braucht Umgebung, verlangt nach ihr und hat Angst vor ihr, er fürchtet das Alleinsein und fürchtet die Menge; er ist für beides zu schwach.“ Die Menge zieht ihn an und stößt ihn ab, und nur die allergrößten Menschen und die innerlich Vermissten sind nach Klein von der Pein dieses Hangens und Bangens verschont. Die Einzelperson will nicht im Ozean der Masse untergehen und ist deshalb bemüht, was ihr am Herzen liegt und ihr lieb ist, soweit es geht, in den Massen zu verankern, in der Menge dafür einen Rückhalt zu gewinnen. In der Organisation erhebt sie es zu größerer und bleibender Bedeutung. „Je mehr Organisationen es aber gibt, und je mehr man an ihre Zweckmäßigkeit glauben lernt, desto leichtmütiger werden sie gebildet und desto eher schließt man sich ihnen an.“ Es wird von vorneherein angenommen, daß bestimmte private Angelegenheiten und soziale Interessen, soweit nicht die öffentliche Verwaltung sich ihrer annimmt, am besten durch Verständigung und gemeinsames Vorgehen erledigt werden. Gewohnheit und Nachahmung machen sich ebenfalls geltend. Entgegengesetzte Interessen tauchen auf einmal auf, und auch sie finden sich wieder in der Organisation. Wo persönliche Hoffnungen und Ehrgeiz auskommen, da ist wiederum Boden für besondere Organisationen. Natürlich verliert dadurch der ursprüngliche und grundlegende Gedanke für die Organisation an Bedeutung. Zufälliges, Neugierliches, Persönliches überdeckt die Organisation. Die berechnete Organisation beruht auf Notwendigkeiten, die vielen einleuchten, und, da sie sich als zweckmäßig erwiesen haben, dann ins Leben übergehen.

Die frei gebildeten Organisationen sind den Zwangsorganisationen fast immer überlegen. Sie können sich Veränderungen leichter anpassen, in ihre Ziele hineinwachsen und rascher den Neuerungen auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiete folgen. Sie sollen zeitgemäß und zeitbereit sein, d. h. nicht auf Grundzüge schwören, die vielleicht einmal richtig waren, nunmehr aber ihre Berechtigung verloren haben.“ „Das allgemeine Endziel ist der Hafen, in dem sie landen wollen, die Einzelaufgaben und Zwecke sind die Segel, die nach dem Winde zu stellen sind.“

Also: Das Ziel ist im Auge zu behalten, aber die Mittel zur Erreichung des Ziels müssen beweglich sein; sie müssen dem Zeitgeist angepaßt werden, und die Lenker der Geschichte der Organisationen müssen die Kunst der Diplomatie kennen. Tab.

Allgemeine Rundschau.

Gewerkschaft — Kampforganisation.

Die Gewerkschaft ist eine Organisation des Kampfes. Sie ist als solche gegründet und kann auch gar nichts anderes sein. In dem Augenblicke, wo sie diesen Charakter aufgeben würde, müßte sie ihre ganze Existenzberechtigung selbst verleugnen. Damit ist auch das Urteil gesprochen über jene, sich Gewerkschaften nennenden Gebilde, die ihr Ziel im sogenannten Wirtschaftsfrieden finden wollen. Schon mancher Gelehrte hat den Versuch gemacht, den Nachweis zu führen, daß die gewerkschaftlichen Ziele besser ohne Kampf noch erreicht werden könnten. So oft indes dieser verlockenden Aussicht kritisch nachgegangen wurde, zeigte sich, daß es sich um ein Trugbild handelte, das zwar sehr schön schien, jedoch der Wirklichkeit nicht entsprach. In der Wirklichkeit liegen vielmehr die Verhältnisse so, daß der Fortschritt, den die Arbeiter verlangen sollen und den die Gewerkschaft herbeizuführen mit berufen ist, nicht ohne Kampf erreicht werden kann. Selbst in den Tagen der höchsten Blüte des Wirtschaftslebens gibt man dem Arbeiter nur, wenn er selbst darum kämpft.

Aber, so widerspruchsvoll es klingen mag: gerade weil die Gewerkschaft eine Kampforganisation ist, ist sie auch ein Unterpfand des Friedens. Das läßt sich durch ein paar Hinweise glänzend belegen.

Zunächst ist die Gewerkschaft ein Unterpfand des Friedens in der Arbeiterschaft selbst. Man stelle sich einmal die ungeheuren, märchenhaften Fortschritte und Errungenschaften vor, die das Ergebnis der Entwicklung im letzten Menschenalter sind, und demgegenüber eine Arbeiterschaft, die sich selbst überlassen geblieben wäre. Die Zustände, ja die offenen Empörungen wären nie zu Ende gewesen. Die gewerkschaftliche Organisation lenkt die Bemühungen der Arbeiterschaft, an jenen Errungenschaften teilzunehmen, in eine geordnete Richtung. Sie bemüht sich um die Erziehung des Arbeiters in dem Sinne, daß er das Mögliche von dem Unmöglichen, das oft glänzende Äußere vom manchmal recht minderwertigen Kern zu unterscheiden weiß. — Und damit ist sie eine Bürgschaft des Friedens, soweit die Arbeiterschaft in Betracht kommt. Sie ist es auch insofern, als sie den Konkurrenzkampf unter den Arbeitern um die Beschäftigung regelt, im Arbeiter den Egoismus auf ein gesundes Maß zurückführt und ihn eine langsame Entwicklung einem stürmischen Auf und Nieder vorziehen lehrt.

Sie ist aber auch eine Bürgschaft des Friedens, soweit die Unternehmer in Betracht kommen. Durch ihren Druck wird der Konkurrenzkampf unter den Unternehmern sehr wesentlich gemildert. Unter diesem Druck kommen ja auch die Vereinbarungen auf jener Seite zustande, die dem entmenschten Ringen in vieler Beziehung Einhalt gebieten.

Daß der Kampf insbesondere unter den heutigen Verhältnissen eine Notwendigkeit ist, wird allenthalben anerkannt. Wir sprechen ja vom Daseinskampf, vom Konkurrenzkampf, vom Wettbewerbs auf allen möglichen Ge-

bieten. Überall läßt man das Wort vom fortschrittlichen und wohlthätigen Charakter des Kampfes gelten. Nur den Gewerkschaftskampf will man in so vielen Kreisen verurteilen. Und doch ist er in viel höherem Maße eine Bürgschaft des Fortschrittes, ja eine Bürgschaft des Friedens, als so viele andere Arten des Kampfes, um deren Rechtfertigung sich Groß und Klein bemühen.

Was ist's?

Der christlichen Arbeiterbewegung gegenüber kennt die sozialdemokratische Presse keine Objektivität. Da gibt es nur einen Grundsatz: herunterreißen und verächtigen um jeden Preis. Mit welcher stumpfen Waffens das häufig geschieht, zeigt wieder einmal der „Courier“ (Nr. 17, 1914), das Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, mit folgenden Ausführungen:

„Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften besitzt nach seiner letzten Abrechnung ein Vermögen von sage und schreibe 14519,81 M., womit er zweifellos dem Unternehmertum kolossal imponieren kann. Die Scharfmacher werden sich vor solch einer kapitalgewaltigen Organisation besonders fürchten.“

Jeder gewerkschaftliche U.-B.-Schütze weiß, daß die Kasse des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ebensowenig als Druckmittel auf die Unternehmer in Frage kommt, wie die Kasse der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es ist gar nicht die Aufgabe des Gesamtverbandes, große Kapitalien für Kampfzwecke aufzuhäufen. Dennoch würde im gegebenen Falle der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mehr Gelder flüssig machen können, wie dem sozialdemokratischen Transportarbeiterverband angenehm sein könnte. Der Vermögensbestand der christlichen Gewerkschaften betrug nach der öffentlichen Rechnungsablegung, die auch der Redaktion des „Courier“ nicht unbekannt sein kann, Ende 1912 insgesamt 8575 658 Mark. Nun kommt das genannte sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt und will mit dem Kassenbestand des Gesamtverbandes die Schwäche und Ohnmacht der christlichen Gewerkschaften dem Unternehmertum zur Kenntnis bringen. Ist's Dummheit oder Bosheit? Das eine ist so blamabel wie das andere verwerflich!

Von unseren Bruderverbänden.

Es liegen uns die Jahresberichte von zwei christlichen Arbeiterberufsverbänden vor. Der Gutenbergbund verzeichnet laut Jahresbericht eine Steigerung der Mitgliederzahl im Jahre 1913 um 144, auf 3440. Zur Zeit ist die Zahl 3500 bereits überschritten. 90 Mitglieder traten vom sozialdemokratischen Buchdruckerverband zum Gutenbergbund über. Die Gesamteinnahmen betragen 285 227 M. Die Gesamtausgabe 145 942 Mark. Das bedeutet einen Ueberschuß von 139 285 M. Das Vermögen hat damit die Höhe von 633 276 M. erreicht, wozu noch etwa 30 000 M. in den Ortskassen kommen.

Es wurden vorausgab an Krankenunterstützung 26 047,50 M., Arbeitslosenunterstützung 21 745,— M., Unzugunterstützung 1234,65 M., Invalidenunterstützung 14 117,— M., Sterbegeld 3500,— M., Notlagenunterstützung 725,— M., für Ausbildungszwecke 1942,63 M., Werbungsorgan 17 856,93 M. Die Ausgaben für Ausbildung der Mitglieder steigen von Jahr zu Jahr, ein Beweis, daß die Organisationsleitung Verständnis für die technische Entwicklung hat.

Der Bericht geht auf die Situation im Buchdruckgewerbe näher ein und schildert die Kämpfe und Schwierigkeiten, die Ereignisse und Erfolge auf gewerblichem, organisatorischem und tariflichem Gebiete. Seit 1. Januar gibt der Gutenbergbund eine Fachbeilage zum „Typograph“ heraus, die der fachlichen Weiterbildung der Mitglieder dient.

Wer die Schwierigkeiten kennt, die sich dem Gutenbergbund entgegenstellen, kann sich nicht verhehlen, daß er im Jahre 1913 einen guten Schritt vorwärts gekommen ist und sich innerlich gefestigt hat.

Unter den Gehilfenorganisationen im Graphischen Gewerbe steht auf christlicher Seite neben dem Gutenbergbund, der die Buchdrucker und Schriftsetzer umfaßt, der Graphische Zentralverband, der für die Buchbinder, Lithographen, Steindruckere sowie für die Arbeiter der Kartonagen- und Papierfabriken zuständig ist.

Der Graphische Zentralverband konnte im vergangenen Jahre seine Mitgliederzahl um 563 steigern und zählte am Schlusse des Jahres 2737 Mitglieder. Mit 1030 Mitgliedern war er an 21 Tarif- und Lohnbewegungen beteiligt, die sich auf 386 Betriebe erstreckten. Insgesamt war er beim Jahreseschluß an 32 Tarifen Vertragskontrahent. Für 986 Mitglieder wurde im Berichtsjahre eine Gesamtlohnsteigerung von 82160 M. und für 301 Mitglieder eine jährliche Arbeitszeitverkürzung von 15 626 Stunden erzielt. Die Einnahmen betragen 69 580,21 M., die Ausgaben 61 154,68 M. Das Gesamtvermögen liegt von 37251 auf 45 677 M.

Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen aller Art und Lohnbewegungskosten 30 537 M. Die vierte Generalversammlung des Verbandes fand Pfingsten 1913 in Regensburg statt. Sie beschloß u. a. die Anstellung eines Beamten für die Papierarbeiter, von denen etwa 1000 dem Verbands angehören.

Wenn alle christlich gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes sich in der Organisationsfrage entscheiden wollten, würde der christliche Verband sehr bald die stärkste Organisation dieser Branche sein.

Die „berufsmäßigen Heher“.

In der gewöhnlichen Arbeitersprache sind die Gewerkschaftsbeamten „berufsmäßige Heher“, die von den Arbeitergroßen ein beglücktes Dasein leben, die über die

Arbeiterchaft aber nur Fluch und Verderben bringen. Daß diese „Schäblinge“ und „Schmarozer“ doch wenigstens einen guten Zweck für die Arbeiter haben, geht hervor aus dem Protokoll der Vollversammlung der Limburger Handelskammer vom 23. September 1913. Es heißt da u. a.:

„Vom Deutschen Handelstag war der Kammer eine Anfrage zugegangen, die sich mit dem Verfahren vor dem Amtsgericht, Gewerbeamt und Kaufmannsgericht beschäftigt. Die Kammer hat deshalb eine Umfrage gehalten. Ein Kaufmannsgericht besteht im Bezirk der Kammer nicht. Sie ist deshalb nicht in der Lage, sich dazu zu äußern. Wohl aber haben die Mitglieder der Kammer mit Gewerkschafts- und Verbandssekretären in anderen Fragen zu tun gehabt und bekämpfen, daß dieselben in allen Sachen auf Grund der Erfahrungen außerordentlich bewandert sind, daß die ohne eine derartige Unterstützung freitende Partei unbedingt im Nachteil sein muß und deshalb der Ausschluß dieser Sekretäre als Parteivertreter zu fordern ist.“

Die „anderen Sachen“, in denen die Mitglieder der Handelskammer mit den Gewerkschafts- und Parteisekretären zu tun gehabt haben, liegen wohl auf dem Gebiet der Lohnbewegung. Da hat sich dann gezeigt, daß die „berufsmäßigen Geher“ außerordentlich bewandert sind. Darum müssen diese vermalebten Kerle als Arbeitervertreter von den Berufsgerichten ausgeschlossen werden. „da ohne eine solche Unterstützung die freitende Partei (das heißt die Arbeiterpartei) unbedingt im Nachteil sein muß“. Um die Arbeiter am Gewerbeamt überreden und überlisten zu können, sollen die Arbeiterbeamten als Rechtsbeistand ausgeschlossen werden. Wir meinen, daß die Limburger Handelskammer eine sehr gute Begründung für die Zulassung der Arbeiterbeamten als Rechtsbeistand geliefert hat.

Die Geldquellen der „Gelben“.

Der „Regulator“, das Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, ist in der Lage, in seiner Nr. 20, 1914 folgendes Schriftstück zu veröffentlichen:

Verband der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Essen-Mühe, den 29. April 1914. Altendorferstr. 59.

An die sämtlichen Vereine des Provinzialverbandes!

Vom Kaiserlichen Statistischen Amt ist an die Werkvereine ein Fragebogen gerichtet worden, in dem auch gefragt wird, wieviel neben den eigenen Beiträgen der Mitglieder an Beiträgen von anderer Seite, insbesondere also von der Werkleitung, dem Verein zugeflossen sind.

Wir haben bekanntlich nie ein Geil daraus gemacht, daß wir Beiträge von seiten des Werkes als eine Selbstverständlichkeit betrachten, die in den Verhältnissen ihre Rechtfertigung findet. Es ist aber nicht erforderlich, daß die Höhe dieser Beiträge zur Debatte gestellt wird. Wir empfehlen Ihnen deshalb, wenn Sie den Fragebogen ausfüllen, nur die Gesamteinnahmen Ihres Vereins anzugeben, jegliche Spezifikation der Einnahmen aber zu unterlassen.

Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, daß dem Verlag nationaler Schriften auf sein Rundschreiben vom 8. April wegen der Vereinsberichterstattung im „Werbverein“ durch Vermittlung Ihres Bezirksverbandes noch geantwortet werden muß.

Mit kameradschaftlichem Gruße!

Verband der wirtschaftsfriedlichen nationalen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. J. A.: Th. Münchgrath, Schriftführer.

Die „Gelben“ geben also zu, daß sie von den Werksleitungen ausgehalten werden. Ueber die Zusammenfassung ihrer Einnahmen aber soll die Öffentlichkeit auch fernerhin im Unklaren gelassen werden. Tut nichts! Man weiß trotzdem, wie die von ihnen veröffentlichten Zahlen einzuschätzen sind.

Ein interessanter Boykottprozeß.

Die Gewerkschaften Nachens hatten vor Jahresfrist wegen Lohnunterschieden und erfolgten Maßnahmen über die Nachener Exportbierbrauerei (Dittmann u. Sauerländer) den Boykott verhängt. Die Firma beschritt daraufhin den Klageweg. Sie machte geltend, daß es dem Boykott an jedem billigen Zweck fehle; er sei lediglich ein Rachhaft. Die Firma und die von ihr das Bier beziehenden Wirte würden aufs empfindlichste geschädigt und dieser Schaden stehe in keinem erträglichen Verhältnis zu dem von den Beklagten erstrebten Vorteil. Weiter warf sie den Beklagten vor, sie hätten in den Boykottentwässerungen unwahre Angaben gemacht und sich aufreizender Ausdrücke bedient.

Jetzt, nach Jahresfrist, wurde der Prozeß zugunsten der Gewerkschaften entschieden. In der Urteilsbegründung heißt es, keine der von der Brauerei angeführten Gründe habe sich als stichhaltig erwiesen. Das von den Gewerkschaften erstrebte Ziel, die Brauerei zum Abschluß eines Tarifvertrages oder wenigstens zu Verhandlungen, sowie zur Wiederanstellung der gemahregelten Arbeiter zu veranlassen, sei als berechtigt und möglich, und innerhalb der Dauer des Boykotts auch als erreichbar zu betrachten. Es sei auch für die Gewerkschaften von außerordentlicher Bedeutung, sobald von einem Mißverhältnis zwischen ihm und dem der Brauerei erwachsenen Schaden nicht gesprochen werden könne. Auch der Umstand, daß unschuldige Dritte, in dem Fall die Wirte, durch den Boykott geschädigt wurden, mache diesen nicht zu einem sittenwidrigen. Fast jeder Boykott werde mittelbar auch nicht beteiligte Dritte treffen.

Bezüglich der Ansicht der Brauerei, daß die Boykottentwässerungen unwahre Angaben und aufreizende Ausdrücke enthielten und darum als sittenwidrig zu betrachten seien, stellt sich das Gericht auf den Standpunkt, daß bei der Würdigung der in den Veröffentlichungen der Gewerkschaften enthaltenen Ausdrücke zunächst deren Art und Zweck ins Auge gefaßt werden müßten. Hierbei schloß sich das Gericht der in dem Urteil des Reichsgerichts vom 13. Februar 1911 enthaltenen Ermögen an, die besagt:

„Auch ist nicht außer acht zu lassen, daß die Presse, die über die engeren Kreis der Gebildeten hinaus auf die weniger feinfühlig, an grobe Kost gewöhnte große Masse zu wirken sucht, sich, gleichviel welcher Partei sie angehört, beim vorliegenden Kampfe stärker und übertreibender Ausdrücke zu bedienen und in dicken, schreienden Farben aufzutragen

pflegt, ohne daß das Volksempfinden darin einen Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken pflegt.“

Berücksichtigt man dies, dann müsse auf Grund der Beweisaufnahme anerkannt werden, daß die Gewerkschaften zu der von ihnen beliebigen Kritik genügend Anlaß hatten. Das wird in der Urteilsbegründung im einzelnen nachgewiesen. Weiter wird festgestellt, daß es der Brauerei nicht gelungen sei, wahrheitswidrige Angaben in den Veröffentlichungen der Gewerkschaften nachzuweisen.

Da hiernach auch die angewandten Mittel, die Veröffentlichungen, nach Form und Inhalt nicht sittenwidrig gewesen seien, war der Boykott erlaubt. Die mit der Klage geltend gemachten Ansprüche auf Schadenersatz entbehrten infolgedessen der Begründung. Die Klage werde hiermit abgewiesen und sämtliche durch das Verfahren entstandenen Kosten der Klägerin (Brauerei) zur Last gelegt.

Am Gewerbeamt.

Kam da kürzlich eine Kollegin in das Verbandsbüro in N., um sich Rat zu holen. Ihre Schwester hatte am Gewerbeamt Klage eingereicht gegen die Firma, bei der sie zuerst beschäftigt war.

Die Sache lag so: Das Mädchen hatte eine sehr schlechte Stelle zu verweben und konnte pro Woche höchstens 7-8 M. verdienen. Dieser Verdienst war natürlich dem Mädchen zu wenig. Es bekam denn auch vom Meister eine Vergütung zugesprochen. Trotzdem wollte das Mädchen nicht auf der schlechten Arbeit bleiben, es kündigte die Stelle. Beim Austritt aus der Beschäftigung wurde dem Mädchen nun der Lohn der letzten Woche einbehalten mit dem Bemerkten, es hätte eigentlich noch mehr an Vergütung bekommen, wie der zurückbehaltene Lohn ausmache. Die Firma hatte sich also die sogenannte Vergütung lediglich als Vorschuß gedacht, den das Mädchen wieder abarbeiten sollte. Der Arbeiterin war aber hiervon nichts mitgeteilt worden. Trotzdem verweigerte die Firma die Herausgabe des Wochenlohnes. Aber sie hatte die Rechnung ohne den Wirt - in diesem Falle den Verband - gemacht. Der Verbandsbeamte setzte sich nämlich schleunigst mit der Firma in Verbindung. Er konnte mit Recht darauf hinweisen, daß die Firma am Gewerbeamt verlieren müsse. Denn der Lohn durfte nur dann einbehalten werden, wenn die Arbeiterin bei Gewährung der Entschädigung darauf aufmerksam gemacht worden war. Das war aber mit keinem Wort geschehen. Die telephonische Verhandlung mit dem Firmeninhaber hatte einen vollen Erfolg. Das geht aus folgenden Zeilen hervor, die uns die beglückte Arbeiterin schon bald schickte:

„Ich bin in der Lage, Ihnen hierdurch davon Mitteilung zu machen, daß die Differenzen, die ich mit meinem früheren Arbeitgeber, Herrn N. N., hatte, zu meiner Befriedigung gelöst worden sind. Die Sache ist am Gewerbeamt nicht einmal zur Verhandlung gekommen, sondern es wurde mir schon vorher der Betrag, die geforderte Summe an meiner früheren Arbeitsstelle in Empfang nehmen zu können.

Achtungsvoll! (folgt Unterschrift.)“

Ob die Angelegenheit ohne die Vermittlung des Verbandes so gut erledigt worden wäre?

Fabrikmädchen.

Von Kesselschmied Heinrich Lersch.

L.

Jeden Morgen kommt ihr mir entgegen. Wenn die Morgenröte durch die frühen Nebel blinkt wandert ihr die lange Straße nach, an deren Ende die hochgebaute Fabrik ragt.

Rauh und fröckelnd geht der Wind und zerrt an euren Ärmeln und Kopftüchern. Unter den dunklen Lächern sehe ich in eure Gesichter und finde darin immer wieder die stillen Augen, aus denen die Demut der Dienenden blickt.

Aber es ist nicht die Demut des Knechtes vor dem Herrn. Eure Stille am Morgen ist mehr, es ist die Demut vor dem Leben, vor dem Leben, das euch einfließt mit der ganzen Fülle eines Menschenglückes überschütten soll.

So hofft ihr es. — — Und durch diese Hoffnung geht eure Sehnsucht den harten Weg der Pflicht. Jeden Morgen ruft sie euch mit Glockenzeichen und Dampfhörnern. Demütig nehmt ihr den Weg zum Tag, der ausgenutzt sein will, daß ihr eurem Ziel einen Schritt näher kommt.

Und diese Pflichterfüllung ist die erlösende Tat, das Opfer für das kommende Geschick, von dem ihr glaubt, daß es glücklicher sein wird, als ihr es seid.

Dann steht ihr über Tag an den Maschinen. Singsam der Mensch zwischen Holz und Stein, in Staub und Atemengewirre. Da laufen tausend Dinge drehend, rasend; zischende, blanke Spulen blitzen. Unzählige Fäden finden den Weg durch eure Hand. Aber jeder Faden muß erst durch euer Gehirn gehen und den Gedanken erzeugen, der eure geschwunden Finger bewegt.

Und der eiserne Hebel wird warm von dem Blut, das durch eure Hand geht, die Hand, die bestimmt ist, im Garten der Kinder Gottes zu walten, Menschen zu pflegen, zu führen. Und nun habt ihr eure Urbestimmung fast vergessen.

Vergessen, wie da draußen das Leben, die schwer-frohe Arbeit in Feld und Garten, vergessen den Wald und die Wiese und das Singen der Kinder vor unbewusstem Blick der reinen Jugend.

Vergessen wie Eltern und Bruder und Schwester, wie Mann und Geliebter.

Die fertige Arbeit rechnet euch wieder eure Liebe zu ihnen vor.

Was wollt ihr Mädchen gegen das Leben? Selbst unsere starke Kraft muß dienen, damit sie nicht von der Gewalt erschlagen wird.

Einmal sah ich an einem Eisenpfiler ein junges Weib stehen, das die Hände hinter dem Kopf verschränkt hielt und mit einem Blick von unendlicher, trauriger Sehnsucht über die Maschinen hinweg sah: Inmitten tosenden Brausens Zwei Leben in einem Dasein voll ungeheuren Widerspruchs.

Nicht nur, daß ihr selber eure Jugend, euren Körper an die Maschinen gebt, auch eure Seele schwingt mit in den Rädern und Riemen und verliert sich im Staube.

Für euer Leben, und das, was ihr mit eurem Blut bildet, für eure große Hoffnung! Das liegt in eurer Demut: Es ist die Demut vor dem unerschlossenen Leben!

II.

Eure Stimmen sind vom Staube rauh, meine Schwestern. Und nun schelten die Leute auf eure Stimmen. Eure Hände sind grob und ungelent, euer Gang nicht so froh und stolz. Und eure stille, zarte Mädchenfröhllichkeit sei verloren! Die Gassen hallen am Abend von schreiendem Gewieser! Wo ist die bescheidene Anmut geblieben, die halbe Scham? So jagen die Leute und wenden sich ab, meine Schwestern.

Wo ist ihre Schönheit geblieben? Ihr Leute, in euer Leben habt ihr sie gefogon. O, wenn ihr die feinen Ohren hättet: Aus den feidenen Gewändern, aus euren frohen Stunden heraus hörtet ihr das schmerzvoll klagende Lied der verlorenen Schönheit meiner Schwestern. Ihr entseht euch vor der rauhen Rede, vor der Freiheit des Genießens und schimpft auf das verdorbene junge Geschlecht.

Wüßtet ihr, wie es ist: All die heiße und rasche Jugend zehn Stunden am Tag zurückhalten zu müssen, all das warme Blut, das vor dem kalten Eisen eurer Maschinen zurückschreit, zu dem Reichtum und der verschwundenen Kraft der Jugend:

Daß dann am Abend selbst die vom Staub gedrückte Lunge einen tiefen Zug frischer Luft in sich reißt — Und soll sich die Entsagung nicht in einen Schrei lösen dürfen?

Wohl ruht die Maschine, der Lauf der Riemen erlischt, aber die drehende Kraft scheint in den Herzen der Menschen noch fortzueilen, wenn sie der Abend auf die Straße wirft. Und das Leben quillt heißer hervor, jubelnd zu gesehen. Die schäumende Luft überschwillt, die erste Stunde der Freiheit, rauschend strömt sie über den zehnfachen Damm des Arbeitstages, um die Wunder des Lebens in kurzen Stunden zu erschließen.

Ihr, meine Schwestern, trauert nicht um das Sterbliche, Anmutige, Zierliche, damit könnt ihr nicht der Gewalt der Zeit und der Arbeit widerstehen. Es wächst die Kraft in euch, euch zu erhalten. Denn selbst müßt ihr euch halten.

Ein zartes Geschlecht, das in den Kampf gedrängt, erstarrt um den Sieg gegen die Zeit zu erringen!

* * *

Menschenliebe.

Für tausend bittere Stunden sich mit einer einzigen trösten, welche schön ist; aus Herz und Können immer sein Bestes geben, aus wenn es keinen Dank erfährt; wer das lernt und kann, der ist ein Glücklicher, Freier und Stolz, und immer schön wird sein Leben sein.

Aus dem Arbeitszimmer Sr. M. des Kaisers Wilhelm II.

* * *

Und hast Du einem armen Kinde, einem Glücklosen nur einen innigen Blick geschenkt, mit dem Wunsche, ihnen zu helfen, so ist auch das eine Tat der Liebe, vielleicht hellt dieser Blick ein umdüstertes Herz auf.

D. v. Leitner.

Eine Frage an unsere Mitglieder!

Habt ihr schon darüber nachgedacht, ob ihr eure Verbandspflichten auch jederzeit erfüllt habt? Wenn nicht, dann aber jetzt in dieser ernsten Zeit, wo man an den Grundrechten der Arbeiterschaft rüttelt und unserm Streben nach Fortschritt den heftigsten Widerstand entgegensetzt, den Vorsatz gefasst, für die Folge dieses zu tun. Besucht fleissig die Versammlungen, leistet pünktlich eure Beiträge und seid jederzeit um die weitere Ausbreitung unserer Organisation besorgt.

Unsere Volksversicherung.

Die Deutsche Volksversicherung u. G. hielt am 12. Mai in Berlin ihre erste ordentliche Generalversammlung ab. Den Vorsitz führte Graf von Posadowsky-Wehner. Anwesend waren Vertreter aller bürgerlichen Parteien. Den Reichsanwalt vertrat der Reichskommissar der Gesellschaft, Geh. Oberregierungsrat und Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, Dr. Würmeling. In seiner Begrüßungsansprache betonte dieser besonders die Gemeinnützigkeit des Unternehmens; weiter hob er hervor, daß die Zahlen, die der Geschäftsbericht aufweise, einen schönen und guten Anfang bedeuteten. Er hoffe, daß der Gesellschaft im friedlichen Nebeneinanderarbeiten mit andern auf nationalem Boden stehenden Anstalten, reiche Erfolge zuteil werden. Als dann wurde der vom Vorstand erstattete Rechnungsabschluss genehmigt, Vorstand und Aufsichtsrat entlastet, und dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Reingewinns beigetreten. Aus dem Reingewinn in Höhe von 5321 M. wird zunächst der gesetzliche Reservefonds mit 266 M. gespeist. Von dem verbleibenden Reste werden 3538 M. der Gewinnreserve der mit Gewinnanteil Versicherten zugewiesen. Weitere 505 M. werden einem Wohlfahrtsfonds der Versicherten überwiesen. Von der Verteilung einer Aktionärsdividende, die bis zur Höchstgrenze von vier Prozent zulässig ist, wird Abstand genommen; es wird vielmehr aus dem gesamten Reste von 1011 M. ein Kriegsvorbehaltsfonds gebildet.

Durch einstimmigen Beschluß der Generalversammlung wurde der Gesellschaftsvertrag dahin geändert, daß die höchst zulässige Versicherungssumme in Zukunft statt 1500 M. 2000 M. betragen soll. Neu gewählt wurden in den Aufsichtsrat der bisherige Präsident des Kaiserlichen Aufsichtsrats für Privatversicherung, Welfischer Geheimrat Dr. C. Bruner (Berlin) und Direktor Dr. Kaiser (Stuttgart), Mitglied des Präsidiums des Württembergischen Kriegerbundes. Von dem Rechte, Aktien der Gesellschaft zu erwerben, haben wieder eine Anzahl von Vertragsorganisationen Gebrauch gemacht. Die Generalversammlung erteilte sühnungsgemäß die Genehmigung zu dieser Übertragung.

Der Aufsichtsrat der gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung bestellte in seiner heutigen Sitzung zum Stellvertreter des Vorstandes den Regierungsrat Dr. jur. Walter Pitzele, der als Vorsitzender der Arbeiter-Pensionskasse der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft und als Vorstand der vom Verband preussischer Eisenbahnvereine im Jahre 1906 ins Leben gerufenen Verbandskranken- und Hinterbliebenenkasse Gelegenheit gehabt hat, auf dem Gebiete der staatlichen und freiwilligen Pensions-, Kranken- und Sterbegeldversicherung reiche Erfahrung zu sammeln.

Am heutigen Tage fand auch im Reichstagsgebäude zu Berlin die erste ordentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses der gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung statt, an der sich zahlreiche Versichertenvertreter aus allen Teilen des Reichs beteiligten. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch eine Begrüßungsansprache des Staatsministers Dr. Grafen von Posadowsky-Wehner, der es als die erste Aufgabe des Verwaltungsausschusses bezeichnete, das Vertrauen zu der jungen Gesellschaft weiter zu festigen. Nachdem zuerst der Vertreter des Mittelrheinischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine, Pfarrer Schmitt (Höchst a. M.), die Verhandlungen als Alterspräsident geleitet hatte, wurde Generalsekretär Balthus (Wilmsh.) vom Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands und Kaufmann Bedmann (Leipzig) vom Verbande Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Verwaltungsausschuss erklärte sich mit dem vom Vorstand erstatteten Rechenschaftsbericht, sowie der vorgeschlagenen Verwendung des Ueberschusses aus dem Vorjahre einverstanden und sprach sich einstimmig für eine Erhöhung der höchstzulässigen Versicherungssumme von bisher 1500 M. auf 2000 M. aus. Im weiteren wurde ein Schlichtungsausschuss bestellt, dem die Entscheidung über alle etwaigen Streitfälle zwischen Gesellschaft und Versicherten auf Grund des Gesellschaftsvertrages obliegt.

Zur Vorbereitung für die im Oktober des Jahres stattfindende erste ordentliche Wahl zum Verwaltungsausschuss durch die Versicherten wurde ein Wahlausschuss gebildet, in dem die verschiedenen Teile des Reichs in gleicher Weise berücksichtigt wurden. Eine lebhafteste Aussprache gab den Mitgliedern Gelegenheit, ihre Wünsche für die fernere Gestaltung der Arbeit zum Ausdruck zu bringen und förderte wertvolle Anregungen zutage.

Der Bergarbeiterkrieg in Kolorado.

Im Westen der Vereinigten Staaten von Amerika, in Kolorado, tobt seit mehreren Wochen ein blutiger Kampf zwischen den Bergarbeitern der dortigen Kohlenzechen und den übermächtigen Grubenverwaltungen. Es fanden regelrechte Gefechte statt, in denen es viele Tote, Verwundete und selbst Gefangene gab. Den Meldungen der Tagespresse zufolge scheint sich die Staatsmiliz in der einseitigen Weise auf die Seite der Kohlenmagnaten, zu denen auch der bekannte Multimillionär Rockefeller gehört, geschlagen zu haben. Das an sich schon, sowie eine provozierende Rede Rockefellers trugen wesentlich zur Verschärfung der Lage bei. Zwischen der Staatsmiliz

und den streikenden Bergarbeitern herrschte ein förmlicher Kriegszustand. Die Vorgänge, die sich im Verlaufe dieses Kampfes abspielten, sind so bezeichnend für die soziale und rechtliche Lage der Arbeiter in manchen Distrikten Amerikas, daß es sich verlohnt, sie ausführlich zu schildern. Wir tun es an Hand eines Berichtes, den wir in der „Frankf.-Ztg.“ (Nr. 130/1914) finden. Dort heißt es: „Der gewaltige Industrie-Kampf, der die Ursache der furchtbaren Geschehnisse der letzten Zeit gewesen ist, begann am 23. September des vergangenen Jahres, als die „United Mine Workers of America“ (Organ der Bergarbeiter), nachdem mancherlei Verhandlungen mit den Arbeitgebern resultatlos verlaufen waren, den 11 332 Angestellten der Colorado Fuel and Iron Company, der National Fuel Company, Empire Southwestern Fuel Company, Southern Colorado Fuel Company und einiger anderer Gesellschaften das Zeichen zum Ausstand gaben. Die Bergleute hatten den Grubenverwaltungen folgende sieben Forderungen unterbreitet:

1. Ausschluß aller nicht dem Verbandsangehörigen von der Beschäftigung in den Gruben.
2. Eine Lohn-erhöhung in der Höhe von zehn Prozent.
3. Den achtstündigen Arbeitstag.
4. Bezahlung für Nebenarbeit (sogenannte „tote Arbeit“).
5. Die Anstellung von Bergleuten durch die gewählten Kohlen-Wieger.
6. Die Abschaffung des Truck-Systems.
7. Die Durchführung der Bergwerks-gesetze des Staates, namentlich auch soweit gewisse Sicherheits-Vorrichtungen in Frage kommen.

Abgesehen von den Punkten 1 und 2 sind alle diese Forderungen durch Staats-gesetze erfüllt, nur sind die Gesetze infolge des Einflusses der Bergwerksverwaltungen nie zur Durchführung gekommen. Die Lage der Arbeiter war immer schwieriger geworden, und es kann daher nicht Wunder nehmen, daß die Streit-Debre ziemlich allgemein befolgt wurde. Die Kohlenförderung kam in dem ganzen Distrikt, dessen Hauptorte Trinidad, Walsenburg und Ludlow sind, zum Stillstand.

Die größte Gesellschaft, die Colorado Fuel and Iron Company, die zu 40 Prozent den Rockefellers gehört und an der auch die Familie Gould in hervorragender Weise beteiligt ist, begann sehr bald, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Dieser hartten böse Zeiten, denn die Bergleute lauerten ihnen auf, belästigten sie und griffen sie an. Die lokalen Behörden waren vollständig unfähig, den fremden Arbeitern Schutz zu gewähren, und so verlangten die Rechenbesther die Besetzung der Grubendistrikte durch Staatsmiliz, welche Forderung ihnen auch bald gewährt wurde. Nun begannen die Kohlen-gesellschaften die Streiker, wenn nicht aus dem Distrikt, so doch aus ihren Wohnungen zu schaffen. Die Bergleute waren nämlich in Häusern, die den Gesellschaften gehörten, einquartiert und die Pachtverträge enthielten, wie üblich in solchen Fällen, die Bestimmung, daß mit dem Aufhören der Beschäftigung auch der Vertrag sein Ende erreiche. Die Ermittelten, denen der oben genannte Bergarbeiterverband Mittel lieferte, schlugen nun Zelte auf und blieben so in der Nähe der Gruben angesetzt. Im Laufe der Monate kam es zu manchen blutigen Konflikten, dann wurden zuerst zwei, dann vier oder fünf, dann wieder einmal sechs oder sieben Bergleute erschossen, und auch manchen Wächter fand man frühmorgens auf seinem Posten mit einer Schußwunde tot vor.

Die Staatsbehörden waren vollständig auf Seite der Verwaltungen. Sie hoben, ohne sich an die Gerichte zu kehren, jede verfassungsmäßige Garantie auf und deportierten Mißliebige einfach aus dem Kohlenbistrikt. So ging es mehreren Führern des Bergarbeiterverbandes. Andere Personen, namentlich viele Bergleute, wurden in einen sogenannten „Chickenperch“ zusammengetrieben, wieder andere ins Gefängnis gelegt. Die Zivilbehörden durften sich nicht mucken, selbst wenn sie es gewollt hätten, die Militärbehörde machte sich alle Gewalt an. Die Zustände wurden geradezu himmelschreiend, und vor zwei Monaten sah sich der Bundeskongreß veranlaßt, eine Untersuchung anzustellen, um zu ermitteln, ob in Kolorado noch eine republikanische Regierungsform, wie in der Verfassung verlangt, bestehe.

Vor den Untersuchungs-Ausschuss wurde als Vertreter der Mehrheits-Aktionäre der Colorado Fuel and Iron Company John D. Rockefeller jr., der Sohn des Despoten, geladen. Er sagte, wenngleich er im Aufsichtsrat der Gesellschaft sei, habe er sich nie um die Verwaltung bekümmert. Es sei ein Grundgesetz der Standard Oil Gruppe, tüchtige Leute für die Leitung der verschiedenen Unternehmen zu suchen und diesen dann freie Hand zu lassen. „Der Streik hat uns große Beunruhigungen verursacht“, meinte Herr Rockefeller, „aber wir konnten nichts tun, als die Sache den Leuten zu überlassen, welche unser Vertrauen haben.“ Ob er sich dann auch nicht um die Sache gekümmert habe, als von den Grubenwächtern wehrlose Frauen und Kinder niedergeschossen worden seien, fragte ein Mitglied des Ausschusses. „Konnten Sie da nicht mit ihren Beamten oder den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates in Verbindung treten, um zu ermitteln, ob nicht etwas geschehen könnte, solchen Zuständen ein Ende zu machen?“ Darauf antwortete Herr Rockefeller:

„Das Problem ist keineswegs ein lokales. Es handelt sich nämlich eigentlich nur darum, ob wir die Leute beschäftigen sollen, die wir haben wollen, oder nicht. Alle andern Fragen wären schnell erledigt worden, aber die Arbeiter verlangten, daß wir nur Gewerkschaftsmitglieder anstellen sollten, und das wollen wir nicht. Nicht weil wir den Leuten nicht

den tarifmäßigen Lohn geben wollen, nein, wir betrachten die Sache von einem höheren Standpunkte aus. Wir sind der Ansicht, daß jeder Mensch das Recht haben soll, unter den Bedingungen zu arbeiten, die ihm passen. Will er nicht zu einer Gewerkschaft gehören, lasse man ihn gewähren, will er sich ihr anschließen, auch gut, nur wünsche ich zu sehen, daß der Arbeiter unter den Bedingungen arbeiten darf, die ihm passen. Diese Frage überschattet alle andern Probleme und wir, als Mitbesitzer der Colorado Fuel and Iron Company, sind in dieser Sache berart im Ernst und so überzeugt, daß unser Standpunkt der richtige ist, daß wir lieber unsere ganze Kapitalanlage in der Gesellschaft verlieren wollen, als auch nur einen Zoll nachgeben.“

Ob der „Speech“ nun das Rückgrat der Leiter seiner Gruben kräftigen sollte, oder ob Herr Rockefeller keinerlei Hintergedanken dabei hatte — genug, erst nach demselben kamen die gewaltigen Unruhen zum Ausbruch, die in den letzten fünf Tagen lebhafteste Feuertage zur Folge gehabt haben und einen Zustand in den Bergwerks-Distrikten, der einer Insurrektion aufs Haar ähnlich sieht. Das letzte große Gefecht, das bei Ludlow stattfand, währte nicht weniger als vierzehn Stunden, und es wurden fünfzig Bewohner der Bergstadt dort getötet, darunter dreißig Frauen und Kinder. Die Miliz gebrauchte Maschinengewehre, wie es heißt, ohne dazu irgendwie genötigt oder besonders provoziert zu sein. Die Ruinen der Bergstadt boten einige Tage nach dem Wüten der Miliz ein schreckliches Bild. U. a. fand man in einer Vertiefung im Boden die Leichen von zwei Frauen und von elf Kindern, von denen keins über neun Jahre alt war. In rasender Verzweiflung hielten die Streikenden dann fürchterliches Gericht über ihre Verfolger und Peiniger, mehrere von diesen wurden in Gruben gesprengt, deren Holzwerk dann angezündet wurde, so daß sie ersticken mußten. Gestern brannten acht Bergwerke, und ein Ort, Aguilar, soll vollständig zerstört worden sein.

Soweit die Darstellung der „Frankf.-Ztg.“ Gewiß bleibt auch in unserem monarchischen Staatswesen für die Arbeiter noch vieles zu wünschen übrig, solche Zustände aber, wie sie jetzt wieder aus der demokratischen Republik der Vereinigten Staaten gemeldet werden, sind denn bei uns doch ein Ding der Unmöglichkeit. Sorgen wir durch Stärkung unserer Organisationen und unseres öffentlichen Einflusses, daß sie auch eine Unmöglichkeit bleiben.

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarkte.

Trotz der vielen Klagen über die rückläufige Konjunktur hat sich der Arbeitsmarkt im März außerordentlich entwickelt. Das trifft zunächst für den Gesamt-arbeitsmarkt zu, der eine überraschend günstige Gestaltung aufweist, so günstig, daß er fast der Lage im entsprechenden Monat des Vorjahres gleichkommt. Während dort auf 100 offene Stellen 168 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter kamen, waren es im März d. J. 173. Gegenüber dem Vormonat, wo auf die gleiche Anzahl offener Stellen 218 Arbeitsgesuche kamen, bedeutet der Stand im Berichtsmonat eine ganz gewaltige Verbesserung. Der weibliche Arbeitsmarkt kommt seit Januar ziemlich nahe an den des Vorjahres heran. Im März kamen auf 100 offene Stellen 92 Arbeitsgesuche gegen 97 im Februar und 87 im März vorigen Jahres. Abgesehen von der Besserung in einzelnen Industriezweigen ist diese günstige Gestaltung vor allem der Entwicklung des Baugewerbes zu verdanken; es hat eine so starke Belebung erfahren, daß das Arbeitsangebot im Verhältnis zur Nachfrage sich nicht nur gegen den Februar ganz gewaltig verbessert hat, sondern auch gegen den März des Vorjahres. Es ist ja bekannt, daß die Bautätigkeit in den letzten Jahren durchaus ungenügend war, der hohe Zinssfuß wirkte neben andern Momenten hemmend auf die Bau-lust. Der Rückgang der Konjunktur, der eine starke Entpannung des Geldmarktes brachte, hatte auch eine Verbilligung des Zinssfußes im Gefolge, und diese wirkt auf die Bau-lust immer anregend. Diese Entwicklung ist nicht nur im Interesse der Bauarbeiter zu begrüßen, sondern in dem der Arbeiterschaft überhaupt. Sie wird von der herrschenden Wohnungsnot in den Großstädten, deren erster Grund in dem Mangel an billigen und doch gemüthlichen Kleinwohnungen liegt, am ersten betroffen. Vor kurzem hat in Köln eine Versammlung der christlichen Gewerkschaften stattgefunden, die sich mit der Wohnungsfrage beschäftigte. Sie wünschte u. a. eine reichere Unterstützung der gemeinnützigen Baugewerkschaften durch die Stadt. Es ist sehr begrüßenswert, daß sich unsere Arbeiterorganisationen mit dieser für das Wohl ihrer Mitglieder so hochwichtigen Frage näher befassen; abgesehen davon, daß sie dadurch eine höchst wichtige Aufklärungs- und Kulturarbeit leisten, können sie gerade dadurch Einfluß auf die Entschickungen der Städte gewinnen. Und gerade dieser Einfluß ist höchst bedeutungsvoll, denn in der Sorge für Beschaffung billiger, menschenwürdiger Kleinwohnungen liegt gerade bei den Großstädten noch vieles im Argen. Ist die Interessiertheit weiter an sich sehr wohl interessierter Kreise erst behoben, so wird eine einigermaßen sich ihrer Verantwortung bewußte Stadtverwaltung sich der Pflicht auf diesem Gebiete nicht mehr entziehen können.

Wenn sich auch der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie

vielleicht nicht gleich günstig wie in andern Industriezweigen entwickelt hat — wobei wohl zu bedenken ist, daß er eben auch nicht so tief darnieder lag wie dort — so hat er im März eine doch recht ansehnliche Besserung erfahren. Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsgesuche:

Table with columns for months (April, Mai, Juni, Juli, August, September) and rows for male/female job seekers and open positions.

Gegen den Vormonat ist also das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage zurückgegangen in stärkerem Maße auf dem männlichen Arbeitsmarkt, in geringerem auf dem weiblichen. Der Stand im entsprechenden Monat des Vorjahres wurde nicht erreicht. Auf 100 offene Stellen kamen nach den Aufzeichnungen des Reichsarbeitsblattes 156 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter gegen 174 im Februar und 138 im März 1913; 131 Arbeitsgesuche weiblicher Arbeiter gegen 138 und 112 in den beiden Vergleichsmonaten. Der Stand des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie ist im Vergleich mit dem in andern Industrien ein keineswegs ungünstiger. Wie groß das zahlenmäßige Angebot von Arbeitskräften im Februar und März 1914 war, geht aus folgenden Zahlen hervor. An das Reichsarbeitsblatt berichteten im März (Februar) 857 (847) Arbeiternachweise. Bei diesen sind eingelaufen im:

Table showing job seekers and open positions for February and March, categorized by gender.

Die oben geschilderte Entwicklung des Arbeitsmarktes geht aus diesen Zahlen deutlich genug hervor; auf dem männlichen ist zwar das Arbeitsangebot nicht sehr beträchtlich zurückgegangen, doch hat sich die Nachfrage erheblich vermehrt. Lagen im Februar 1854 Arbeitsgesuche vor, so im März 1809; offene Stellen waren im März 1160 vorhanden im Februar 1065, und die Zahl der Vermittlungen betrug 958 gegen 799. Die kleine Besserung auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist dagegen auf den Rückgang des Arbeitsangebots zurückzuführen, das sich durch 1435 Arbeitsgesuche im Februar und durch 1336 im März ausdrückte.

Ich habe an dieser Stelle schon oft betont, von wem ungeheuerem Einfluß

der Geldmarkt

auf die gesamte Entwicklung der Industrie ist; ganz folgerichtig müssen es auch die Einrichtungen sein, die heute vor allem die Kapitalien aus den verschiedensten Kanälen in sich sammeln, um sie der Arbeiterklasse wieder zuzuführen. Die Banken haben in Deutschland einen hervorragenden Anteil an der Entwicklung der Industrie. Während sie sich in andern Ländern begnügen haben, der Industrie zu einem entsprechenden Zinsfuß Kredit zu gewähren, übernahmen sie von Anfang an in Deutschland selbstverständlich neben der erstgenannten Tätigkeit auch die Gründung industrieller Unternehmungen in der Form von Aktiengesellschaften. Von den von ihnen ins Werk gesetzten Gründungen erwarten sie wohl einen Teil der Aktien oder sie verschafften sich solche schon bestehender Unternehmungen durch Zukauf. Durch den Aktienbesitz erlangten die Banken oft einen ausschlaggebenden Einfluß auf die verschiedensten Unternehmungen, den sie natürlich benutzen, um einen möglichst hohen Ertrag herauszuwirtschaften.

Der Einfluß der Banken ist schon daraus ersichtlich, daß einzelne ihrer Direktoren in einer ganzen Anzahl von Aufsichtsratsstellen in den verschiedensten Unternehmungen sitzen. Wenn heute die Konzentration in verschiedenen Industriezweigen — vor allem in der Montan- und schweren Industrie — so weit vorgeschritten ist, so ist das in erster Linie auf den Einfluß der Banken zurückzuführen.

In der Textilindustrie

haben die Banken bis heute einen so ausschlaggebenden Einfluß nicht erlangt. Er beschränkt sich im wesentlichen auf den, den jeder Gläubiger dem Schuldner gegenüber hat. Der moderne Betrieb muß heute mit Kredit arbeiten, diesen übermitteln aber die Banken und insofern kann sich auch die Textilindustrie ihres Einflusses nicht entziehen. Da ist es denn auch für sie von der größten Bedeutung, daß in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf dem Gebiet des Bankwesens ganz neue Verhältnisse geschaffen worden sind. Die größte Bank, nicht nur in Deutschland, war bisher die Deutsche Bank mit dem Sitz in Berlin; ihr Aktienkapital betrug die stattliche Summe von 200 Mill. Mark. Das Einflußgebiet dieser wie auch anderer Großbanken reichte bisher nicht in das rheinische Industriegebiet, wo einzelne lokale Banken eine überragende Bedeutung hatten. Um sich diese anzueignen, gliederte sich die Deutsche Bank die Bergisch-märkische Bank an unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals von 200 auf 250 Mill. Mark. Dieser Erfolg ließ den größten Konkurrenten der Deutschen Bank, die Diskontogesellschaft in Berlin, nicht ruhig schlafen. Sie sann daher darauf, ebenfalls Einfluß im Westen zu gewinnen und sie hat ihn wohl noch in ausgiebiger Weise erhalten als die Deutsche Bank. Sie nahm nämlich den Schaaffhausenschen Bankverein in sich auf unter gleichzeitiger Erhöhung des Aktienkapitals von 225 auf 300 Mill. Mark. Der Schaaffhausensche Bankverein hat wohl im Westen den größten Einfluß und insofern hat die Diskontogesellschaft der Deutschen Bank den Rang abgelassen. Wie sich die neuen Verhältnisse auf die Industrie im Rheinland äußern werden, kann heute noch nicht gesagt werden, sicher ist nur, daß ihr

Schicksal nicht mehr am Standort sondern mehr oder weniger in Berlin bestimmt wird.

Die zukünftige Gestaltung unserer Handelspolitik nimmt zur Zeit mehr denn je das öffentliche Interesse in Anspruch. Man weiß schon längst, daß Rußland die Einfuhr deutschen Roggens höchst ungern sieht, man wußte auch schon, daß Bestrebungen im Gange waren, sie zu unterbinden. Diese Bestrebungen hatten den Erfolg, daß in Rußland die Einfuhr eines Roggenzollens beschlossen wurde. Diese Tatsache würde die deutsche Textilindustrie nicht berühren, wenn nicht durch sie die Gefahr eines Zollkrieges beschworen worden wäre. Ein solcher mußte aber gerade unserer Industrie die schwersten Wunden schlagen, da Rußland ein Lieferant verschiedener wichtiger Rohstoffe ist, aber auch als schätzenswerter Kunde für einzelne Industrieerzeugnisse in Betracht kommt.

Die Einfuhrwerte des russischen Flachses haben im letzten Jahre stark zugenommen. Sie betragen 1909 31,7; 1910 36,3; 1911 40,9; 1912 61,6 Mill. M. Nach Lage der Verhältnisse müßte die etwaige Unterbindung der Einfuhr gerade dieses Rohstoffes der deutschen Industrie schweren Schaden bringen. Die Einfuhrwerte von Hanf sind zwar nicht so groß wie die von Flachs, betragen aber doch 1911 16,9 und 1912 15,4 Mill. M.; im Flachswerk lieferte Rußland 1912 4,9 Mill. M. Von Produkten unserer Industrie nimmt uns Rußland vor allem Kammgarn aus Wolle ab, im Jahre 1912 für 9,9 Mill. M. gegen 15,3 im Jahre 1911. An wollenen Kleiderstoffen lieferte die deutsche Industrie in den Jahren 1911 und 1912 für je über 6 Mill. M. Ob es zu einem solchen höchst schädlichen Zollkrieg kommen wird, kann heute nicht gesagt werden. Im Interesse gerade unserer Industrie aber muß man nur wünschen, daß dieses Neujahr nicht eintritt.

Die deutsche Regierung hat vor kurzem erklären lassen, daß sie an einer Aenderung der mit dem Jahre 1917 ablaufenden Handelsverträge kein Interesse habe. Oesterreich hat sich bereits mit dieser Stimme nicht einverstanden erklärt, es wünscht vor allem bessere Einfuhrmöglichkeiten für seine stark gewachsene Textilindustrie. In den letzten Tagen hat der Vorsitzende des deutsch-österreichischen Wirtschaftsverbandes den Gedanken in die Diskussion geworfen, ob nicht eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich möglich wäre; eine solche könnte selbstverständlich nur durch eine gegenseitige Herabsetzung der trennenden Zölle erfolgen. Es gab eine Zeit, wo vor allem Oesterreich aus politischen Gründen bestrebt war, in den Wirtschaftsverband des deutschen Zollvereins aufgenommen zu werden; in den 60iger Jahren mußte es diese Wünsche endgültig begraben. Wenn auch der Gedanke einer mitteleuropäischen Zollunion nie ganz verschwunden ist, tatsächlich besteht heute weniger Hoffnung denn je zu ihrer Verwirklichung. Es ist charakteristisch, daß der Gedanke einer wirtschaftlichen Annäherung von den österreichischen Industriellen entschieden zurückgewiesen wurde. Vor allem die deutsche Textilindustrie, deren Einfuhr nach Oesterreich durch den bestehenden herrschenden Schutz Zoll nahezu unterbunden ist, würde für die österreichische ein fürchtbarer Konkurrent sein. Aber auch die deutsche Industrie würde bei einer Zollminderung unter Umständen schwer unter der österreichischen Konkurrenz leiden.

Die Lage der Textilindustrie

in Deutschland hat seit unserer letzten Berichtszeit eine nennenswerte Aenderung nicht erfahren. Die Preise der Baumwolle sind immer noch nicht konstant geworden, im April zeigte sich eine starke Tendenz nach weiterer Ermäßigung. Die Folge davon war eine stärkere Zurückhaltung der Verbraucher von Baumwollprodukten. Der Wollmarkt ist durchaus fest — eine internationale Erscheinung; auch die übrigen Rohstoffmärkte weisen eine feste Preisbildung auf. Die niederrheinische Spinnerei- und Webereindustrie war im April gut beschäftigt und weist noch Auftragsbestände auf Monate hinaus auf; doch lassen die Preise in manchen Industriezweigen zu wünschen übrig. An der Börse herrschte vor allem im März auch in Papieren der Textilindustrie keine Unternehmungslust — die Folge war ein Rückgang der Kurse, der sich aber nicht nur auf Papiere unserer Industrie beschränkte, sondern ganz allgemein war — ein Stimmungsbild unseres Wirtschaftslebens.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Arbeitslosen-Berichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 30. Mai, Arbeitslosenzähltag oder -stichtag für den Monat Mai ist. Alle an diesem Samstag arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat dieser Zählung ist an die Zentrale zu berichten.

Die Berichtskarten (graue Monatskarten) sind spätestens vier Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale einzusenden. Wir bitten die Vorstände in den Ortsgruppen, dafür Sorge zu tragen, daß alleseitig pünktlich und frühzeitig berichtet wird. Man vergeße die Angabe der genauen Mitgliederzahl der Ortsgruppe am Schluß des Monats nicht.

Mit kollegialem Gruß Die Zentrale.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Lobberich.

Erfolgreiche Lohnbewegungen. Ende Januar versuchten die Taffet-Samtbänderweber der Firma J. & de Ball in Lobberich eine Erhöhung der Meterlöhne durchzusetzen. Hierbei handelte es sich um eine von der Firma neu eingeführte Qualität Samtbänder. Nachdem in zwei Belegschaftsveranstaltungen die Wünsche der Arbeiter formuliert waren, wurden sie durch den Fabrik-ausschuß der Betriebsleitung unterbreitet und begründet. Die in Betracht kommenden Arbeiter, (18) welche vorher auf Satinmählen beschäftigt waren, begründeten ihre Forderungen damit, daß sie auf dem neuen Artikel nicht soviel verdienen könnten, wie ihnen dieses auf Satinbändern möglich gewesen sei. Anfang Februar kam es zu einer Verständigung, wodurch ein Mehrerwerbdienst von durchschnittlich wöchentlich 2,50 Mark pro Arbeiter erzielt wurde.

Bei der Firma Niedert u. Co., Lobberich, kam e Mitte Februar zu Differenzen mit den Schererinnen. Während des Winters hatte die Firma eine neue Qualität Samt eingeführt mit Seidenflor. Die Arbeiterinnen welche die dazu notwendigen Böhle scheren mußten erhielten für diese Arbeit einen Tagelohn von 2,50 M. Hierbei konnten nur die besten Schererinnen verwendet werden. In den Scherereien ist sonst das Akkordlohnsystem allgemein üblich. Wegen der allgemeinen Geschäftslage gaben die Arbeiterinnen sich in der ersten Zeit mit diesem Lohn zufrieden. In der zweiten Hälfte des Februars versuchten die Schererinnen eine Erhöhung dieses Tagelohnes zu erreichen. Die Firma lehnte dieses ab und legte eine Akkordlohnliste vor. Da die Arbeiterinnen bei diesem Akkordlohn keine 2,50 M. pro Arbeitstag verdienen konnten, lehnten sie die Lohnliste ab und verlangten einen höheren Akkordlohn oder einen erhöhten Tagelohn. Diese Wünsche wurden von der Firma abgelehnt. Diese ablehnende Haltung der Firma gegenüber den berechtigten Wünschen veranlaßte die Arbeiterinnen zur Anwendung eines vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht zu billigen Mittels der Selbsthilfe. Am 4. März, morgens punkt 9 Uhr, wurden sämtliche Maschinen bis auf zwei von den Arbeiterinnen abgestellt. Durch den Ausschluß ließen dieselben der Firma mitteilen es würde erst dann wieder weiter gearbeitet, wenn ihr Wunsch erfüllt wäre. Bis nachmittags 4 Uhr war es zu keiner Verständigung gekommen. Nach 4 Uhr fand eine Fabrikbesprechung statt. Auf Anraten unseres Verbandsvertreters, der von den Arbeiterinnen eingeladen worden war, wurde dann beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, unter der Bedingung, daß die Firma die im Laufe des Tages gemachten Zugeständnisse noch erlange. Nachdem die Arbeit wieder aufgenommen war, kam es tags nachher am 5. März zu einer Einigung. Für sämtliche Arbeiterinnen, welche Seide scheren müssen (zirka 12) wurde der Tagelohn auf 3 Mark erhöht. Auch wurde für die jüngeren Arbeiterinnen noch eine kleine Lohnerhöhung erzielt.

Bei der Firma F. Wedmann, Brehell (Nah. Niedert, Lobberich) führte eine Lohnbewegung von zirka 30 Bandwebern am 16. März zum Streit. Ueber die Ursachen dieser Bewegung wurde in Nr. 12 der Textilarbeiter-Zeitung ausführlich berichtet. Wohl selten wurden von einer Firma während eines Streiks größere Anstrengungen gemacht, um streikende Arbeiter eine Niederlage zu bereiten, als in diesem Falle. Werkmeister der Firma Niedert in Lobberich mußten nach Brehell gehen, um in der Wedmannschen Fabrik auf den Stühlen der streikenden Arbeiter zu arbeiten. Das Mittagessen erhielten die Meister auf Kosten der Firma in einer Wirtschaft in Brehell. Mit allen möglichen Versprechungen wurde versucht, die nicht streikenden Arbeiter zum Arbeiten an den Stühlen ihrer streikenden Kollegen zu veranlassen. Weigerten die Arbeiter sich, so ihren früheren Mitarbeiter in den Rücken zu fallen, so wurden sie auf unbestimmte Zeit nach Hause geschickt, weil andere Arbeit nicht da sei. Da die Firma bald einsehen mußte, daß dieses Mittel nicht zum Ziel führen könne, erhielten die nach Hause geschickten Arbeiter ihre Entlassung. Für die übrigen Bandweber, die mit dem Streit nichts zu tun hatten, wurde die Arbeitszeit auf täglich fünf Stunden heruntergesetzt. Ganz besonders hatte die Firma es auf die Streikarbeit solcher Arbeiter abgesehen, von denen der Vater oder ein anderer Familienangehöriger als Angestellter in der Samt- oder den Samtbänderfabriken des Herrn Niedert tätig war. Alle diese Maßnahmen reichten nicht aus, um den sich im Streit befindlichen Arbeitern eine Niederlage zu bereiten. Nur zwei Unorganisierte glaubten es mit ihrer Arbeiterehre vereinbaren zu können, an Stühlen von Streikenden zu arbeiten. Von diesen zwei war der Vater des einen als Werkmeister, ein Bruder des anderen als Kommiss bei der Firma Niedert in Lobberich tätig.

Ein Vorstandsmitglied der Freien Vereinigung (Anarchosozialisten) der Zirkel Brehell, welcher einen Jungen von 16 Jahre auf dem Kontor der Firma als Belehrling beschäftigt hat, ließ sich überreden, auf dem beschriebenen Artikel neue Ketten und Böhle anzubereiten und die Stühle schußfertig zu machen. Das Ausnützen derartigen Verhältnisse während eines Streiks von seiten einer Firma muß man verurteilen, als Entschuldigungsgrund für die Arbeiter, die unsolidarisch handelten, kann dieses jedoch nicht gelten. Nach einer vierwöchigen Dauer wurde der Streit unter folgenden Bedingungen beendet: Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf und müssen am ersten Tage für den alten Lohn arbeiten. Die neue Lohnliste mit den erhöhten Lohnsätzen wird längstens am zweiten Tage ausgehangen und tritt dann sofort in Kraft. Diese eigenartige Bedingung wurde von der Firma nur deshalb gestellt, um nach außen hin nicht als der unterliegende Teil zu gelten.

Die durch den Streit für jeden Arbeiter erzielte Lohnaufbesserung beträgt im Durchschnitt wöchentlich 5 bis 6 Mark.

Die beiden letzteren Bewegungen wurden von unserm Verbande allein geführt.

Aus unseren Bezirken.

Aus unserm badischen Bezirk.

Ausflug der Altalaler Mitglieder.

Als wohlgekommen kann der von den Altalaler Kollegen und Kolleginnen am Sonntag, den 3. Mai, veranstaltete Ausflug nach Herrenal, Döbel, Neufah, Rotensol und Schielberg betrachtet werden.

Ein herrlicher Frühlingstag war angebrochen. Nach dem Sonnenschein liegt über Wald und Flur. Zum Wandern just das richtige Wetter.

Döbel als Höhenluftkurort, sowie als Wintersportplatz bekannt, bietet eine schöne Fernsicht weit in die badische und württembergische Gegend.

In Rotensol wurden an die Nichtorganisierten Flugblätter und Aufnahmeformulare verteilt.

Man galt es noch den Ausgangspunkt des Ausfluges, Schielberg, zu besuchen. Zwei Kollegen erfreuten uns dort noch mit kurzen Vorträgen.

Ein unergieblicher Tag wird der 3. Mai für alle Ausflugsteilnehmer sein und bleiben.

Die Arbeitslosenzählungen in Baden im Winter 1913/14.

Wie in früheren Jahren haben auch im Winter 1913/14 in einigen badischen Städten, darunter in Freiburg, Karlsruhe, Singen und Konstanz Arbeitslosenzählungen stattgefunden.

Die in den Monaten Dezember bis Januar 1913/14 in einigen badischen Städten vorgenommene Arbeitslosenzählung hatte nachstehendes Ergebnis:

Die evangelischen Arbeitervereine Badens traten am Ostermontag zu ihrem diesjährigen Verbandstage zusammen.

getroffenen Gäste voraus, bei dem der Vorsitzende des Badischer Vereins, Herr Kaiser, der Landesvorsitzende, Stadtpfarrer Lang-Freiburg, Stadtpfarrer Renner-Kenzingen und Stadtpfarrer Kühner-Waldkirch Ansprachen hielten.

Die geschäftlichen Beratungen fanden am Vormittag des Ostermontags im Saal des evangelischen Gemeindefaules statt.

Nach den verschiedenen Begrüßungen verbreitete sich Verwalter Lauer vom städtischen Arbeitsamt in Freiburg über das Thema der Arbeitslosenversicherung.

Bei Erstattung des Jahresberichts konstatierte der Vorsitzende des Landesverbandes, Stadtpfarrer Lang, die Aufwärtsbewegung der evangelischen Arbeitervereine.

Mit allen gegen die Stimme des Delegierten aus Gersbach a. N. beschloß man die Anstellung des Herrn Kümmele zum Verbandsekretär.

Werbearbeit in unseren bayerischen Ortsgruppen. Kurz nach den Ostertagen fand sich in Augsburg eine Anzahl Kolleginnen unseres Verbandes zu einer Konferenz zusammen.

Werbearbeit in unseren bayerischen Ortsgruppen. Kurz nach den Ostertagen fand sich in Augsburg eine Anzahl Kolleginnen unseres Verbandes zu einer Konferenz zusammen.

Zwar wollte die Diskussion über den Vortrag erst nicht recht in Fluß kommen. Aber sie entspann sich doch mehr und mehr und förderte zuletzt ergiebiges Material zutage.

Wo liegen nun die Ursachen für diese gewaltigen Schäden? Etwa in der hastigen, ruhelosen, nervenzerrütenden Arbeitsweise? In der Ueberanstrengung?

Die evangelischen Arbeitervereine Badens traten am Ostermontag zu ihrem diesjährigen Verbandstage zusammen.

Die evangelischen Arbeitervereine Badens traten am Ostermontag zu ihrem diesjährigen Verbandstage zusammen.

Die evangelischen Arbeitervereine Badens traten am Ostermontag zu ihrem diesjährigen Verbandstage zusammen.

Die evangelischen Arbeitervereine Badens traten am Ostermontag zu ihrem diesjährigen Verbandstage zusammen.

Die evangelischen Arbeitervereine Badens traten am Ostermontag zu ihrem diesjährigen Verbandstage zusammen.

gung bekennen. Opferfreudige Ständearbeit muß geleistet werden. Kulturarbeit an uns selbst und an anderen.

Auch die wirtschaftliche Lage der Augsburger Textilarbeiterinnen erfordert das Wirken der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Wie die Arbeiterinnenkonferenz unter dem Zeichen „Mehr Mitarbeiterinnen“ stand, so auch die nachfolgenden Versammlungen.

Die Versammlungen verliefen im allgemeinen zufriedenstellend und brachten eine Anzahl Neuaufnahmen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Ameru-St. Georg. Erfolgreiche Hausagitation. Der Beschluß unserer letzten Generalversammlung, in der Gemeinde Bohn eine Hausagitation zu halten, wurde am Sonntag, den 8. Mai ausgeführt.

Augsburg-Lechhausen. Eine lehrreiche Versammlung. Es dürfte gewiß nicht unbedeutend sein, wenn die hiesige Ortsgruppe, als die größte des Bezirkes, wieder einmal den Raum unseres Verbandesorgans in Anspruch nimmt.

Cottbus. Eine lehrreiche Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am vorvergangenen Sonntag ab. Nach Erledigung der Vereinsgeschäfte wurde ein Referat entgegengenommen über: „Die Entwicklung des freien Sonnabend-Nachmittags.“ Uns wird darüber folgendes geschrieben: „Nach dem Berichte der preussischen Gewerbeinspektion marschieren die Wuppertaler Textilindustrie an der Spitze, und der Bericht des Regierungsbezirks Düsseldorf bringt ein geradezu glänzendes Resultat über den Fortschritt des freien Sonnabend-Nachmittags. Aus den Berichten der badischen Gewerbeinspektion geht hervor, daß in Baden mehrere große, mittlere und kleinere Betriebe den freien Sonnabend-Nachmittag einführen, daß ein Produktions- und Verdienstaussfall damit nicht verbunden ist, indem die in Stücklohn stehenden Arbeiter durch angespanntere Tätigkeit den früheren Verdienst wieder einholen. Wochen- und Tageslöhne werden ungekürzt bezahlt. Bei Stundenlöhnen geschieht dem Verdienst Abbruch, doch werden zum Teil für den Sonnabend mehr als die täglich geleisteten Arbeitsstunden angerechnet. So haben wieder die Arbeiter noch die Unternehmer Nachtteil von der Neuerung. Die freien Nachmittage werden überall vernünftig und nützlich verwertet. Mißbräuche sind nirgends bemerkt worden. Von dem Vorbehalt, daß zur alten Arbeitszeit zurückgekehrt würde, falls sich Unfälle ergeben sollten, machte, soweit bekannt wurde, kein Arbeitgeber Gebrauch. Männer, Frauen und Hauskinder, die bisher die Mittagsmahlzeit in der Familie nur am Sonntag zu sich nehmen konnten, gewinnen einen zweiten Mittagstisch zu Hause. Die Ehepaare finden sich in häuslicher Arbeit zusammen. Ordnung und Reinlichkeit wird größer, die eigene Lebensführung wird sorgfältiger. Auch für den Vater ist manches zu tun im Hause mit allerlei Werkzeugen. Briefe werden geschrieben, Gänge erledigt, Besorgungen gemacht. Wer eine kleine Fläche anbaudert oder Vieh hält, arbeitet im Garten, Feld oder Stall. Auch die Kinder kommen mehr zu ihrem Recht. Ueber den unmittelbaren wirtschaftlichen und hygienischen Nutzen hinaus wirkt der freie Sonnabend-Nachmittag in den Sonntag hinein, indem er diesen von Arbeit befreit und ihm die Leib und Seele erquickende festliche Ruhe gibt, ihn zu einem wahren Feiertag gestaltet. Dadurch, daß Einkäufe, die sonst nur am Sonnabend-Abend oder am Sonntag gemacht werden konnten, jetzt am Sonnabend-Nachmittag erledigt werden können, entsteht für viele andere die Möglichkeit ermunterter Freizeiten. In den Betrieben wirkt der freie Nachmittag günstig auf die Ordnung, Reparaturen und Reinigung lassen sich ohne Vernichtung des Sonntags vollziehen. Arbeitsverhältnisse an den Wochentagen werden seltener, es wird weniger Urlaub zu häuslichen Besorgungen erbeten. Für die Arbeitgeber selber wird ein Wochen-Nachmittag frei, den mancher sehr wohl zu schätzen weiß. So ist der freie Sonnabend-Nachmittag ein bedeutsames Glied in der Kette sozial-hygienischer Einrichtungen.“

M.-Gladbach. Erfreuliches von unserer Sektion der Passierer kann heute im Verbandsorgan mitgeteilt werden. Die in der Passiererbranche beschäftigten Mitglieder unseres Verbandes entfalten seit einiger Zeit ein reges gewerkschaftliches Leben. Ihre emsige Tätigkeit ist zunächst darauf gerichtet, die Reihen der in der Passiererbranche beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen enger zu schließen. Der Anschluß einer Anzahl Passierer an unsere Organisation und damit eine Stärkung des Einflusses der in der Passiererbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den Unternehmern, ist der schöne Erfolg dieser intensiven Aufklärungsarbeit. Was hat unsere organisierten Passierer nun veranlaßt, in agitatorischer Hinsicht für den Verband tätiger zu sein als sonst? Was war die eigentliche Ursache zu dieser Werbetätigkeit?

Schon seit Jahren werden hier in der Passiererbranche eine Anzahl Kollegen und auch einige Kolleginnen beschäftigt, die Mitglieder unseres Verbandes sind. Bis vor einigen Jahren hatten diese Mitglieder gar nicht oder doch nur sehr wenig Fühlung miteinander. Ja, der eine Passierer wußte manchmal gar nicht einmal von dem andern, daß er gewerkschaftlich organisiert war. Vor etwa 2 1/2 Jahren wurde dieses erstmalig anders, als nämlich die Firma Achter und Ebels den Versuch unternahm, durch anderweitige Festsetzung der Arbeitslöhne die Löhne ihrer Passierer zu reorganisieren. Die Passierer bei dieser Firma, die vollständig organisiert waren, setzten sich mit Recht entschieden zur Wehr. Als alle Verhandlungen mit der Firma kein befriedigendes Resultat ergaben, reichten die Passierer mit Genehmigung der Verbandsleitung die Kündigung ein. In der Kündigungszeit kam es durch Vermittlung der Vertreter unseres Verbandes noch zu einer Einigung mit der Firma.

Durch dieses Vorwärtsschreiten war es schon damals in den Kreisen der organisierten Passierer etwas lebendiger geworden. In einer gut besuchten Passiererversammlung hatte man schon damals sich mit den Kollegen von der Firma Achter und Ebels solidarisch erklärt und sich auch verpflichtet, für die weitere Ausbreitung des Verbandes zu sorgen. Aber eine engere Verbindung der mit Passierern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen brachte diese Bewegung vorab noch nicht. Zur Bildung einer besonderen Sektion der Passierer kam es erst am 24. April dieses Jahres. Der äußere Anlaß zu der letzten Passiererbewegung war ein Streit der Passierer, und zwar wiederum bei der Firma Achter und Ebels. Diese Firma wollte neuerdings wiederum die Löhne der Passierer herabsetzen und zwar dieses Mal noch in bedeutend erheblicher Weise als wie vor 2 1/2 Jahren. Die Verbandsvertreter wurden wiederum bei der Firma vorbestellt. Ihre Bemühungen, die Differenzen in friedlicher Weise mit der Firma zu erledigen, waren zunächst erfolglos und es kam zum Streit. Nach vierwöchigem Streit erklärte sich die Firma bereit, den Passierern die alten Löhne weiter fortzubehalten und auch Ueberstunden und Sonntagstagsarbeit besonders zu vergüten. Für Ueberstunden und Sonntagstagsarbeit war bis dahin den Passierern nichts vergütet worden.

Dieser beachtenswerte Erfolg der organisierten Passierer war einzig und allein nur deswegen möglich, weil die Passierer wie ein Mann zusammenstanden. Trotzdem die Firma sich zum Zwecke der Heranziehung Arbeitswilliger redlich Mühe gegeben hatte, fand sich nur ein einziger Klausurteil, der den streitenden Kollegen in den Rücken fiel.

Die letzte Passiererbewegung hat überzeugend den Beweis dafür erbracht, daß die Passierer eines Sinnes sind, wenn es sich darum handelt, Verbesserungen der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erzielen oder Verschlechterungen abzuwehren. Dieses hatten auch die Mitglieder von der Kommission der Passierer richtig erkannt und mit Recht sagten sie sich, wenn die Passierer bei Arbeitskämpfen einig sind und in muskeltätiger Weise gegenüber streikenden Kameraden Solidarität üben, dann muß es auch möglich sein, diese einseitigen und weitersehenden Kollegen für den Anschluß an unsere Organisation zu gewinnen. Und die Kommissionsmitglieder hatten sich nicht geirrt. Eine

größere Anzahl in der Passiererbranche beschäftigte Kollegen wurden bis jetzt teils in Versammlungen, teils durch mündliche und durch Hausagitation für den Beitritt zu unserem Verbands gewonnen. Für Sonntag, den 10. Mai, hatte die Kommission der Passierer wiederum eine allgemeine Passiererversammlung in das Lokal von Lamberg einberufen. Die Versammlung war verhältnismäßig gut besucht und nahm einen recht anregenden Verlauf. Sie wurde in ganz geschickter Weise geleitet von einem Mitgliede der Kommission. In der Hauptsache sollte mit der Versammlung besprochen werden, einmal unsere Kollegen von der Passiererbranche mit Wesen und Bedeutung unserer Gewerkschaftsbewegung bekannt zu machen und dann auch Klarheit zu schaffen über die nächsten Aufgaben der Sektion der Passierer. Wenn nun von den Versammlungsbesuchern die gegebenen Anregungen auch in die Tat umgesetzt werden, dann hat diese Versammlung ihren Zweck voll und ganz erfüllt. Wir lassen nachstehend einen gedrängten Bericht über den Verlauf der Versammlung folgen.

Unser Bezirksleiter, Kollege Hermeß, referierte in überzeugender Weise über die Notwendigkeit der Organisation im allgemeinen und im besonderen für die Passierer. Besonders seine klaren und logischen Ausführungen über die Verhältnisse im Passiererberufe fanden den lebhaftesten Beifall bei den Versammelten. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen von der Kommission. Dieselben ergänzten in recht wirkungsvoller Weise die vom Referenten geschriebenen Verhältnisse im Passiererberufe und kritisierten in sachlicher Weise eine ganze Anzahl von Mißständen. Sie hoben nachdrücklich hervor, daß an eine vollständige Beseitigung derselben nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation gedacht werden könne. Kollege Gerhard Müller zeigte an einer Reihe von Bewegungen, die im hiesigen Bezirke in der letzten Zeit durchgeführt werden mußten, daß der Verband nicht nur allein für die Arbeiter gegründet und nur für diese wirksam sei, wie ja noch vielfach von manchen gewerkschaftlich noch nicht organisierten Arbeitern behauptet wurde. Diese Bewegungen hätten auch weiter alle ohne Ausnahme überzeugend bewiesen, daß der Verband, auch dann wenn die Geschäftslage ungünstig wäre, trotzdem für die Arbeiter noch ungenügend viel erreicht und durchsetzen könne. Nach einem begeisterten Schlußwort des Referenten und nachdem wieder mehrere Kollegen den Beitritt zu unserem Verbands vollzogen hatten, konnte der Vorsitzende der Versammlung dieselbe mit dem Wunsche schließen, daß fortan die Kollegen in der Passiererbranche so eifrig wie bisher für die gewerkschaftliche Organisationspropaganda machen möchten. Bis zu dem Zeitpunkte, wo nach zuerst vorgenommenen Erhebungen über die Verhältnisse im Passiererberufe an die Einführung einheitlicher Arbeits- und Lohnbedingungen herangetreten werden könne, müßten alle Kolleginnen und Kollegen in der Passiererbranche Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation sein. Jeder gewerkschaftlich organisierte Passierer müsse unter allen Umständen zu seinem Teile mitbeitragen, dieses Ziel möglichst bald schon zu erreichen.

Göppingen. In unserer letzten Mitgliederversammlung waren die Männer zahlreich vertreten, während die weiblichen Mitglieder durch Abwesenheit glanzten. Kollege Kammerer hielt einen Vortrag über das Thema: „Rechte und Pflichten der Mitglieder an den Verbands-Einrichtungen.“ Nachdem der Redner kurz die großen organisatorischen Aufgaben unseres Verbandes im Textilarbeiterberufe behandelt hatte, ging er dazu über, die Verbands-Einrichtungen der Reihe nach durchzusprechen. Der Zweck der Mitgliederregistrierung, sowie die Unterfützungseinrichtungen wurden ausgiebig erörtert. Durch die Beitragszahlung haben sich die Mitglieder statutarisch festgelegte Rechte an den Unterfützungseinrichtungen gesichert. Auf der anderen Seite bedingt die Mitgliedschaft im Verbands aber auch die Erfüllung gewisser Pflichten, die umso notwendiger ist, weil ohne diese nicht einmal eine Ortsgruppe lebensfähig ist, geschweige denn ein großer Verband, der sich über ganz Deutschland erstreckt. Ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Glieder des Verbandes ist notwendig. Die Diskussion war sehr lebhaft. Es wäre zu wünschen, daß auch die Arbeiterinnen fleißiger die Versammlungen besuchen würden.

Greiz (W.). Die Wahlen der Beisitzer zum Versicherungsamt für den Stadtbezirk Greiz haben unserer Bewegung erneut einen schönen Erfolg gebracht. Von 6 zu wählenden Beisitzern hatten 2 nationale ihren Einzug in das Versicherungsamt; von unserem Verbands der Kollege Fritz Melcher, Weberstraße 30. Aufgabe unserer Kollegenschaft wird es nun sein, sich in allen Fällen, welche die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung betreffen, an den Kollegen Melcher um Auskunft und Rat zu wenden, damit auch auf diesem Gebiet unser hiesiges Sekretariat immer mehr seine Kräfte entfalten kann.

Auch die Wahlen der Beisitzer zum Versicherungsamt für die Landgemeinden endeten mit einem gleichartigen Erfolge. Hier wurden ebenfalls von 6 zu wählenden Beisitzern 2 nationale gewählt.

Kollegen und Kolleginnen, verwertet diese Erfolge reichlich in der Agitation.

Sehn. Der Bericht des ersten Quartals 1914, der auf der letzten Versammlung seitens des Kassierers gegeben wurde, ergab, daß über 52% der Einnahmen an Unterfützungen in der Ortsgruppe verblieben waren. In dieser Versammlung hielt der Kollege Lenßen einen eingehenden Vortrag über das Unterfützungswesen. Ueber diesen Punkt herrscht unter den Mitgliedern noch viel Unkenntnis, darum tut Aufklärung not. Trotz der dringenden Bitte war der Besuch der Versammlung sehr mangelhaft.

Kreisfeld. In unserer Quartalsversammlung am 3. Mai standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Quartalsbericht, 2. Bericht über die letzten Bewegungen, 3. Vortrag über Krankentassenwesen. Aus dem Quartalsbericht geht hervor, daß die Einnahmen fast dieselben geblieben sind wie im vorigen Quartal. Es war ein Mitgliederzuwachs von 40 zu verzeichnen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Die Kollegen Esser, Busch und Marquardt berichteten sodann über die letzten Bewegungen in den Samtwebereien, Samtappreturen und in der Leppichfabrik. Betreffs Bewegung der Samtappreturarbeiter und Arbeiterinnen verweisen wir auf die in den letzten Nummern unseres Organs erschienenen Berichte. Die Samtweber hätten den freien Samstagnachmittag gefordert. Die Durchführung des freien Samstagnachmittages sei eine ziemlich einfache Sache gewesen. Schon seit Jahren hatten ein Teil der Samtwebereien denselben eingeführt. Andere glaubten früher, ihn nicht einführen zu können. So standen sich die Fabrikanten in der Frage gegenüber. Der Arbeitgeberverband konnte deshalb nicht anders, als den einzelnen Fabrikanten die Entscheidung, ob sie den Samstagnachmittag freigeben oder nicht freigegeben sollten, selbst zu überlassen. Dies ist denn mit Unterfützung

unserer Mitglieder geschehen, so daß jetzt in allen Betrieben der freie Samstagnachmittag eingeführt ist. Wenn nicht eher die Freigabe gefordert worden ist, so lag dies daran, daß ein Teil der Arbeiter keine Neigung hatte, an den Samstagnachmittagen nicht zu arbeiten. Aus der Bewegung in der Leppichfabrik wird berichtet, daß dort ein Kollege unseres Verbandes, der Ausschussvorsitzender war, entlassen worden sei. Nach Eingreifen der Verbandsvertreter sei der Kollege jedoch wieder eingestellt worden.

Sodann wurde noch über eine gemeinsame Sitzung der Verbandsvertreter betreffend Stoffweber berichtet. Eine Verständigung sei hier über ein Vorgehen nicht erzielt worden. Später sollte eine erneute Aussprache herbeigeführt werden. An diesen Berichten schloß sich eine rege Diskussion an, in der noch manches geklärt wurde. — Wegen vorgerückter Zeit wurde der letzte Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt und die Versammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Redaktionschluss. Für die in der Woche nach Pfingsten erscheinende Nummer wird die Redaktion bereits Samstag vor Pfingsten und zwar morgens 10 Uhr geschlossen.

Versammlungskalender.

- Bedburg. 28. Mai, 7 Uhr, bei Weiler (Jägerhof, Lipperstraße.)
- 4. Juni, 7 Uhr, im Lokale zum Jägerhof, Generalversammlung.
- Bocholt. 24. Mai, 10—12 Uhr, Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Boisheim. 24. Mai, nach dem Hochamt, bei Heinrich Heesen, Selmenhorst. 24. Mai, 4 1/2 Uhr, Versammlung bei Heinrich Oelermann, am Bahnhof.
- Düren. 21. Mai, 10 1/2 Uhr, bei Wllh. Fuchs in Gärzentsch, Generalversammlung.
- Guben (N.-L.). 20. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Herrn Voigt (Markt 13.)
- Höfen. 24. Mai, gleich nach dem Hochamt, bei Brümmer, Zittersbach. 24. Mai, 2 1/2 Uhr, im Lokale zum Lamm.
- Schlutenbach (Altal). 7 Juni, 2 Uhr, im Nebenzimmer zum Hirsch.
- Werden (Ruhr). 23. Mai, 8 1/2 Uhr, im Lokale zur Krone, am Markt.

Hüls. Konsumgenossenschaft „Eintracht“, e. G. m. b. H. Hüls. Sonntag, den 31. Mai 1914, morgens 11 Uhr bei Joh. Wlaten: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Auflegung der Satzungen. Der Aufsichtsrat. J. A.: J. A. Bremen, Vorsitzender.

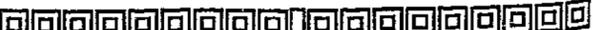
Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Jakob Klinkhamels in Boisheim.
 - Fritz Gerrischer in Wilkau.
 - Gottfried Poortz in Geldern.
 - Josef Westhues in Emsdetten.
 - Johann Goergens in M.-Gladbach-H.-Dahl.
 - Rndolf Feismann in Mesum.
 - Wilhelm Becker in Euskirchen.
 - Gerhard Storm in Rhede.
 - Wilhelm Frotzheim in Wickrath.
- Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Unternehmerrgewinne und Arbeiterlöhne in der Textilindustrie. — Eine machtvolle Rundgebung für die Fortführung der Sozialreform. — Wesen und Bedeutung der heutigen Organisation. — Feuilleton: Fabrikmädchen. — Allgemeine Rundschau: Gewerkschaft — Kampforganisation. — Was ist's? — Von unseren Bruderverbänden. — Die „Berufsmäßigen Heher“. — Die Geldquellen der „Welden“. — Ein interessanter Boykottprozeß. — Am Gewerbegericht. — Unsere Volksversicherung. — Der Bergarbeiterkrieg in Kolorado. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Bobberich. — Aus unseren Bezirken: Aus unserm badischen Bezirk. — Werbearbeit in unserm bayerischen Ortsgruppen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Amern-St. Georg. — Augsburg-Lechhausen. — Cottbus. — M.-Gladbach. — Göppingen. — Greiz. — Sehn. — Kreisfeld. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungskalender. — Anzeige. — Sterbe-Tafel.



Mitglieder,
agitiert für den Verband!

